



die *Arbeit*

Das Magazin des Gewerkschaftlichen Linksblocks

Lohnpolitik und Gewerkschaften



- 4** Der Sieger nimmt (fast) alles!
- 6** Auch nach der Wahl regiert das Kapital!
- 8** Grundsätze der KV-Politik
- 10** Armut um jeden Preis?
- 11** Eigenvorsorge für den Profit...
- 12** Privatisierung: Warnungen ignoriert
- 15** ÖBB Versorgungshaus für Günstlinge
- 16** Pflege im Notstand

Am Lebensnerv der werktätigen Menschen

Der Lohnkampf ist das „Kerngeschäft“ der Gewerkschaften. Die Bilanz der letzten Jahre schaut da aber gar nicht gut aus, wie die sinkende Lohnquote anschaulich beweist. Umso mehr stellt sich die Notwendigkeit einer Änderung der Gewerkschaftspolitik, damit die Lohnabhängigen zu einem akzeptablen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum kommen.

Zitate, die alles sagen:

Die Manager sind den Eigentümern oder Aktionären verpflichtet. Beschäftigung ergibt sich dabei eher als Folgeerscheinung, weil zur Gewinnerzielung auch der Einsatz von Arbeitskräften erforderlich ist.

Helmut Schuster, Volkswirtschaftsprofessor an der Johannes-Kepler-Universität Linz (OÖN, 21. Oktober 2006)

Die Gewinne von heute sind die Arbeitsplätze von morgen.

Argument der Wirtschaftskammer

Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut.

Wahlwerbung des ÖVP-Wirtschaftsbundes

Impressum:

Redaktion: Leo Furtlehner, Gerhart Haupt, Oliver Jonischkeit, Anita Kainz, Anna-Erika Paseka, Hubert Schmiedbauer, Ernst Wieser, Sepp Zaunegger

Mitarbeiterinnen dieser Nummer: Karin Antlanger, Bärbel Danneberg, Leo Furtlehner, Michael Graber, Lutz Holzinger, Oliver Jonischkeit, Anita Kainz, Andrea Mayer-Edoloeiyi, Anna Paseka, Siegfried Pötscher, Thomas Rammerstorfer, Hubert Schmiedbauer, Ernst Wieser

Fotos: GLB-Archiv, Oliver Jonischkeit, Ernst Wieser

Lektorat: Wolfgang Rohrstorfer

Herausgeberin: Karin Antlanger

Verleger: Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock - GLB im ÖGB.

Grafik, Satz und Layout: Ernst Wieser

Druck: Druckerei Luigard, 1100 Wien, Johann-Pölzer-Gasse 3.

Redaktionsadresse: Redaktion „Die Arbeit“, 1110 Wien, Hugogasse 8.

Mail: office@glb.at, **Web:** www.glb.at

Bestellungen: Schriftlich an den GLB im ÖGB (Adresse siehe rechts).

Bei Zuschriften an die Redaktion Absender angeben. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Gewerkschaftlichen Linksblocks übereinstimmen.

Einzelpreis: 1 Euro. Jahresabo 5 Euro. Im GLB-Mitgliedsbeitrag von 20 Euro ist das Abo inkludiert. Das Redaktionsteam arbeitet ehrenamtlich, Druck und Versand kosten jedoch Geld. Spenden sind willkommen!

Bankverbindung: BAWAG, BLZ: 14000, Ktnr: 03410 665 190

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16. Oktober 2006

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 5. Februar 2007 mit dem Schwerpunkt: Frauen

LeserInnenbriefe sind willkommen! (Kürzung vorbehalten)

Kontakt

GLB-Bundesleitung

Hugogasse 8, 1110 Wien,
0664/6145012, www.glb.at,
office@glb.at

GLB im ÖGB

Hohenstaufengasse 10-12, 1010
Wien, 01/53 444-308,309
oliver.jonischkeit@oegb.at

GLB in der GdE

Margaretenstraße 166, 1050
Wien, 01 / 54641-220,
www.glb.at/eisenbahn
ernst.wieser@eisenbahner.at

GLB in der GdG

Elterleinplatz 6/2.Stock, 1170
Wien, 01 / 4076936, glb-
gemeinde@inode.at
www.glb-gemeinde.at

GLB in der GPF

Adresse siehe GLB im ÖGB,
0664 / 465 33 83

GLB in der GMTN

siehe GLB im ÖGB,

GLB in der GPA

siehe GLB im ÖGB
www.glb-gpa.at

GLB-Niederösterreich

Andreas Hofer-Straße 4, 3100
St.Pölten, 02742 / 710 74-0,
lipress@aon.at

GLB-Oberösterreich

Melicharstraße 8, 4020 Linz
0732 / 652156, office@glb.at

GLB-Steiermark

Lagergasse 98 a, 8021 Graz
0316 / 71-24-36, glb.stmk@kpoe-
graz.at

GLB-Salzburg

Elisabethstraße 11, 5020 Salzburg,
0662 / 87-22-44, glb.salzburg@aon.at

GLB-Tirol

Gumpstraße 36, 6020 Innsbruck,
0699 / 81732423, glb@glbtiroel.info
www.glbtirol.info

GLB-Kärnten

Ludwig-Walter-Straße 29, 9500 Villach,
04242 / 31091, glb@kpoe-
villach.at
www.glb.kpoe-villach.at

Inhalt Seite

Der Sieger nimmt (fast) alles!	4,5
Auch nach der Wahl regiert das Kapital!	6,7
Grundsätze der KV-Politik	8
„Rolemodell“ für die Zukunft der Arbeit?	9
Armut um jeden Preis?	10
Eigenvorsorge – für den Profit...	11
Privatisierung - Warnungen ignoriert	12,13
Zweiklassengesellschaft, Sozialdumping – Leiharbeit bei Siemens	14
ÖBB - Versorgungshaus für Regierungsgünstlinge	15
Pflege im Notstand	16
Mehrleistung, aber Soziales verschwunden	17
ÖGB: Inhaltliche Vorbereitung wie gehabt	18
Unabhängiger, offensiver ÖGB ist notwendig	19
Diebstahl als Vorwand BR-Wahl im Wallfahrtsort	20
Buch-Arbeitsrechtstipps	21
Post: Aktionäre jubeln, Personal stöhnt...	22
Geschäftemacherei Druck wird nicht geringer	23

Letzte Meldung

Die KV-Verhandlungen für die Metallindustrie wurden mit einer Ist-Lohnerhöhung um 2,6 Prozent ab 1. November 2006 abgeschlossen. Wird die Verteiloption genutzt, beträgt die Erhöhung 2,4 Prozent und weitere 0,5 Prozent werden für individuelle Lohnerhöhungen betrieblich verwendet.

Die zusätzliche Einmalzahlung von 100 Euro erhalten die Beschäftigten nur dann, wenn das Unternehmen einen Gewinn schreibt, bei einem Verlust schauen sie durch die Finger. Die bilanztechnischen Möglichkeiten Verluste zu schreiben sind schon in Hinblick auf die Steuerpflicht hinlänglich bekannt.

Dieser Abschluss hat nicht nur eine negative Signalwirkung für die weiteren KV-Runden, mit der betrieblich gewinnabhängigen Einmalzahlung wurde auch ein Tor geöffnet, mit dem die Gewerkschaften die branchenweite Lohnpolitik als ihr „Kerngeschäft“ selbst zunehmend in Frage stellen.

Editorial



*Mag.
Karin Antlanger
Juristin und
Sozialpädagogin
Betriebsrats-
Vorsitzende
EXIT-sozial Linz
Bundesvorsitzende des GLB*

Und es bewegt sich doch nichts!

Seit gut einem halben Jahr sind uns die Beteuerungen der ÖGB-Spitzen wohl bekannt: Der Gewerkschaftsbund werde reformiert, höchstmögliche Transparenz soll hergestellt werden, die Mitglieder sollen den ÖGB-Neu mitgestalten, Frauen, Jugend, MigrantInnen, Arbeitslose, Prekarisierte – alle sollen sich im reformierten ÖGB zeitgemäß wieder finden. Wiederholung ist zwar die Mutter der Wissenschaft – die Beteuerungen führender ÖGB-FunktionärInnen machen deren Weiteragieren nach altem Mustern aber nicht akzeptabler.

Gäbe es ernsthafte Absichten, die Reformversprechungen einzulösen, so wäre etwa der ÖGB-Bundesfrauenkongress anders gelaufen. Alleine dass Renate Csörgits zum dritten Mal als ÖGB-Frauvorsitzende kandidierte und wieder gewählt wurde zeigt, dass die alten leitenden FunktionärInnen im ÖGB nicht daran denken, Veränderungen zuzulassen, durch die sie einen Teil ihrer Macht abgeben müssten.

Wir dürfen gespannt sein, ob die Frauenvorsitzende ihr Nationalratsmandat zurücklegen wird, haben sich doch in der (gefloppten) Mitgliederbefragung 88 Prozent für die Abschaffung bezahlter Mehrfachfunktionen für SpitzenfunktionärInnen ausgesprochen. Wir dürfen weiters gespannt sein, ob MigrantInnen, freie DienstnehmerInnen, Erwerbsarbeitslose, geringfügig Beschäftigte im neuen ÖGB-Bundesvorstand oder gar im Präsidium vertreten sein werden.

Klar ist: Rudolf Hundstorfer wird als Präsident im Jänner kandidieren. Diejenigen, die den ÖGB in (mit)verantwortlicher Position dorthin gebracht haben, wo er heute ist, denken nicht daran, das Feld zu räumen. Und sie werden auch weiter ignorieren, was schon bei der ÖGB-Urabstimmung 2001 und auch bei der heurigen Mitgliederbefragung einhelliger Tenor war – die Mitglieder wollen eine kämpferische Gewerkschaft, die ohne WENN und ABER die Interessen der Mitglieder vertritt – egal wer in der Regierung sitzt.

Von Lutz Holzinger

Der Sieger nimmt (fast) alles!



Im Zuge des Wahlkampfes wartete die ÖGB-Spitze mit einem seltsamen Zungenschlag auf. Sie beklagte, dass die Löhne und Einkommen der Werktätigen rückläufig seien. Für diese Entwicklung machten die mit überdurchschnittlichen Gagen ausgestatteten Gewerkschaftsfunktionäre die Steuerpolitik der Regierung verantwortlich.

Diese Argumentation verblüfft insofern, als sie einem Offenbarungseid der ÖGB-Spitze hinsichtlich ihrer Lohnpolitik gleich kommt. Tatsächlich ist die Lohnquote (Anteil der unselbständig Erwerbstätigen am Volkseinkommen) seit Jahren kontinuierlich gesunken. Im Gegenzug ist – bei gebremster Staatsverschuldung – das Tortenstück für Besitz und Vermögen deutlich größer geworden. Diese Entwicklung hätte schon lange entschlossene Gegenmaßnahmen der Gewerkschaften erfordert. Die Lohnverhandlungen sind und bleiben der geeignete Ort für die Durchsetzung der Kerninteressen der Unselbständigen.



Zwar kann auf dieser Ebene nicht an den Besitzverhältnissen gerüttelt werden, der Kampf um die Verteilung des wachsenden gesellschaftlichen Reichtums muss jedoch immer wieder aufs Neue ausgetragen werden. Wird dies vernachlässigt, schneiden sich die Werktätigen ins eigene Fleisch, weil sie am eigenen Ast sägen, wenn sie sich nicht möglichst viel von dem Wertzuwachs holen, den sie erarbeitet haben. Die Wirtschaftsforscher sind sich einig,

dass nur deswegen nicht bessere Wirtschaftsdaten ausgewiesen werden können, weil die Inlandsnachfrage schwächelt und die Arbeitslosigkeit ein Rekordniveau erreicht hat. Woran es krankt? In erster Linie daran, dass die ÖGB-Spitze in der Lohnpolitik schon längst keine Ahnung mehr davon hat, worum es im Kern der Lohnfrage geht. Als „Benya-Formel“ wurde die unter ÖGB-Präsident Anton Benya in den 60er und 70er Jahren nahezu perfekt ausgebildete Strategie verstanden, seitens der Gewerkschaften in den unter Geheimhaltung zwischen den Sozialpartnern abgewickelten Lohnverhandlungen neben der Inflationsabgeltung

zusätzlich einen Anteil an der Produktivitätsentwicklung in der jeweiligen Branche zu verlangen und in der Praxis durchzusetzen. Das war die Grundlage dafür, dass die Lohnabhängigen in diesen von wesentlich

stärkerer Inflation als heute geprägten Jahren zu Recht den Eindruck hatten, eine reale Aufwärtsentwicklung mit zu machen. Dies erklärt ferner, weshalb die weiter reichenden Forderungen des Gewerkschaftlichen Linksblock und der KPÖ in dieser Zeit nur äußerst beschränkt auf fruchtbaren Boden gefallen sind.

Heute wird in den Medien triumphal berichtet, wenn das Sozialministerium im Zuge der jährlichen Pensionsan-

passungen eine „volle Inflationsabgeltung“ ankündigt. An einem Anteil der Werktätigen außer Dienst am steigenden gesellschaftlichen Reichtum wagt in der bürgerlichen Öffentlichkeit niemand mehr zu berichten oder überhaupt denken.

Kapital und Lohnarbeit

Karl Marx hat sich mit der Lohnfrage äußerst intensiv auseinandergesetzt, weil sie den Lebensnerv der Werktätigen berührt. Grundsätzlich hat er konstatiert, dass Arbeiter und Angestellte für die Bereitstellung ihrer Arbeitskraft von den Unternehmern über Lohn und Gehalt nicht den Wert ihrer Arbeit refundiert bekommen, sondern unter konkreten historischen und moralischen Umständen diejenigen Mittel erhalten, die für die Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft erforderlich sind. Auf dem dadurch notwendig entstehenden Missverhältnis zwischen dem von der lebendigen Arbeitskraft geschaffenen Mehrwert und dem ausbezahlten Lohn beruht der grundsätzliche Gegensatz zwischen Kapital und Lohnarbeit, er bezeichnet das Wesen der Ausbeutung. Da die Unternehmer darauf Wert legen, dass sie auch die weiteren Generationen von Werktätigen in die Mehrwertproduktion einspannen können, schließen Lohn und Gehalt mehr oder weniger über dem Existenzminimum liegende Ausgaben ein, die für Gründung der Familie, Erziehung der Kinder, die Erhaltung der Arbeitskraft

der Beschäftigten usw. erforderlich sind. Marx und Engels sprechen von einem historischen und moralischen Niveau der tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter. Damit wird berücksichtigt, dass der Stand der Klassenauseinandersetzung, die Entwicklung der Produktivkräfte, die historische Entfaltung der Reproduktionskosten eine Rolle spielen.

Beispielsweise sind der Fernsehkonsum und damit die entsprechende Ausstattung der Werkstättenhaushalte heute unerlässlich für die ideologische und technische Formierung der Arbeitskräfte. Pkw (zumindest außerhalb von Ballungszentren) und Mobiltelefon sind nahezu obligatorisch für die Erreichbarkeit der Arbeitsplätze bzw. der MitarbeiterInnen. Da diese Hilfsmittel nur in Ausnahmefällen von den Unternehmen den Beschäftigten zur Verfügung gestellt werden, sind sie ein Element der Reproduktionskosten, die indirekt ein bestimmender Faktor des Lohnniveaus sind.

Diese Momente werden offenkundig nicht direkt in die traditionellen Lohnverhandlungen einbezogen, sondern fließen hinter dem Rücken der Akteure in sie ein. Das ist beim Auto und beim Handy deutlich erkennbar: Da sie auch dem Privatvergnügen dienen, wird unzureichend berücksichtigt, dass sie in den meisten Fällen heutzutage zu den Voraussetzungen gehören, damit die konkret lebenden Menschen ihre Arbeitskraft verkaufen können.

Neue Strategie erforderlich

Der drastische Rückgang der Lohnquote ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die von der Gewerkschaftsbasis völlig losgelöst agierenden Lohnverhandler aus der ÖGB-Spitze die „Benya-Formel“ fallen ließen. Trotz aller Einwände, die man gegen ihre Vorgangsweise vorbrin-

gen kann, haben sie nicht willkürlich entschieden, sondern die Konsequenzen aus einem quasi moralischen Element und zwar ihrer stark geschwächten politischen Position gezogen. Die weit über alle Vernunft hinausgehende Privatisierung von verstaatlichter Industrie, öffentlichen Infrastrukturbetrieben und Banken im Staats- bzw. Gemeindebesitz hat dem Staatshaushalt etwa so viel eingebracht, wie ein halbwegs gepflegter Börsianer Schwarzes unter dem Fingernagel hat, aber die Werkstätigen im Kräfteparallelogramm mit den Unternehmern enorm geschwächt. Mit dem Neoliberalismus und dem Gespenst der Globalisierung im Hintergrund war es für die Unternehmenseite ein Kinderspiel, aus den Lohnverhandlungen ohne jede Schramme auszusteigen.

In der Öffentlichkeit wird die Krise des ÖGB weitgehend auf den BAWAG-Skandal eingeschränkt. Tatsächlich beruht sie vor allem im jahrelangen Versagen der Gewerkschaften auf dem Lohnsektor. Gerade in dem Bereich ist ein Neustart durch die Entwicklung einer demokratischen Vorgangsweise erforderlich, bei der die Werkstätigen in letzter Konsequenz der bestimmende Faktor sind. Das erfordert detaillierte Vorbereitung der Lohnverhandlungen durch Branchenanalysen der volkswirtschaftlichen Abteilung des ÖGB, Beratungen auf Betriebs- und Branchenebene über die Forderungen in den Bereichen Lohn, Arbeitszeit und betriebliche Sozialleistungen. Abstimmung über die erzielten Verhandlungsergebnisse.

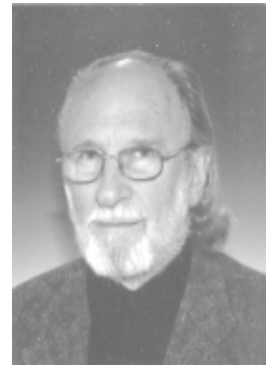


Es könnte eingewendet werden, die Mitglieder seien nicht in der Lage, die komplizierten wirtschaftlichen Zusammenhänge zu verstehen oder das politische Kräfteverhältnis in Österreich lasse eine derartige Vorgangsweise nicht zu. Lassen wir es doch einmal darauf ankommen! Dann würde sich rasch herausstellen, wie rasch die heimischen Werkstätigen von Begriff sind und zu welchem Einsatz für ihre Eigeninteressen sie fähig sind.

Ihnen steht eine Kapitaleseite gegenüber, die eine immer größere Tendenz zur Feudalisierung zeigt: Statt ihre Erträge in den eigenen Firmen anzulegen, tendieren die Unternehmer dazu, Gewinne nicht in die reale Produktion zu reinvestieren, sondern mit ihnen wie die BAWAG zu spekulieren. Es ist diesem feudalen Casinokapitalismus geschuldet, dass in Zeiten des bislang größten volkswirtschaftlichen Reichtums die Armut im Lande dramatisch steigt. Nachhaltige Lohnerhöhungen inklusive Pensionen wären das beste Mittel, um diesen Skandal zumindest zu mildern.

Lutz Holzinger ist Journalist in Wien

Auch nach der Wahl regiert das Kapital!



Was können sich die Lohnabhängigen nach dem Wahlerfolg der SPÖ erhoffen? Im Parlament gibt es eine rechte Mehrheit. In der Wirtschaft regiert das Kapital. Die Gewerkschaften sind angeschlagen, die Führung klammert sich an die Sozialpartnerschaft.

Zum Gruseln gibt es weiterhin genug Gelegenheit. Zwar sind die Wirtschaftsdaten günstig und signalisieren Aufschwung, doch mangelt es nicht an Warnungen vor Risiken. Das größte Risiko wäre, wenn die Masseneinkommen nicht entsprechend wachsen und über den Konsumgütermarkt die gesamte Wirtschaftsentwicklung beschleunigen würden. Die Forderungen der Unternehmer gehen in eine andere Richtung.

Endlich doch Aufschwung?

WIFO und IHS haben Anfang Oktober bestätigt, dass das Wirtschaftswachstum heuer voraussichtlich 3,1 Prozent betragen und auch 2007 bei 2,5 Prozent liegen wird. Vor allem die Exporte sind stark gestiegen und lösten eine rege Investitionstätigkeit aus.

Die Entwicklung geht mit der Weltwirtschaft konform. Wenn 2007 in Deutschland durch die Mehrwertsteuererhöhung die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern wie Autos zurückgeht, könnte das auch unsere Auto- und Zulieferindustrie treffen. Das sind rund 700 Unternehmen mit 180.000 Beschäftigten, die neun Prozent des BIP erwirtschaften. Schon jetzt schwelt es in der europäischen und US-Autoindustrie, vor allem bei Opel und Ford.

In Österreich ist der Massenkonsum nicht als Konjunkturträger wirksam. Die Arbeitslosigkeit geht nur sehr zögernd zurück – der Mehrbedarf an

Arbeitskräften wird stärker durch Zuwanderer gedeckt. Die Produktivität steigt weiter, aber immer mehr Arbeitskräfte haben Teilzeitbeschäftigungen und zehntausende wandern in die (Schein) Selbständigkeit ab.

Sehr viel hängt davon ab, ob die Investitionstätigkeit in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die Belebung von Regionen mit starker Abwanderung oder ob die Gewinne in Spekulationsmärkte transferiert werden.

Ein dritter Faktor wäre die Sicherung des Sozialsystems (Gesundheitswesen, Pensionen) durch eine neue Struktur der Mittelaufbringung: Weg von den personalbezogenen Anteilen der Unternehmer zu einer Wertschöpfungsabgabe, also einer Berechnung auf Grundlage der Betriebsgewinne, und zur Stützung der Kaufkraft Aufhebung der Selbstbehalte in der Krankenversicherung.

Von Privilegien und Schmarotzern

Die Gesamtwertschöpfung ist zunehmend ungerechter verteilt. Von 2000 bis 2006 ist das Bruttoinlandsprodukt um 22 Prozent (von 210 auf 256 Mrd. Euro) gewachsen, die Arbeitnehmerentgelte stiegen um 16 Prozent (von 107 auf 124 Mrd.), die Bruttobetriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen um 34 Prozent (von 78 auf 103 Mrd.).

Diese Verteilung ist den Unternehmen aber noch zuwenig. WKÖ-Chef

Leitl, oberster „Sozialpartner“ nach Lesart der ÖGB-Führung verlangt, dass die MillionenverdienerInnen ihre Steuerleistung von 50 auf unter 40 Prozent senken könnten, in dem sie analog zum Urlaubs- und Weihnachtsgeld der Lohnabhängigen Freibeträge geltend machen. Das würde jeweils einige tausend Euro „Gehaltserhöhung“ auf Kosten der Staatskasse bedeuten.

Noch hat deswegen niemand eine Schmarotzer- und Privilegien-Kampagne angezettelt. Im ersten Halbjahr 2006 stieg das Aufkommen an Mehrwertsteuer um 3,7 Prozent und an Lohnsteuer um 6,7 Prozent, sank jedoch bei der Einkommensteuer um acht Prozent. Die Umverteilung nach oben funktioniert.

Für die Lohnrunde sind auch die Preissteigerungen wichtig, nur ist vom Gebrauch des Gesamtindex abzuraten. Es sind nämlich die Preise für Grundbedürfnisse weit stärker gestiegen, so kostete das Wohnen im Juli 2006 um 5,3 Prozent mehr als ein Jahr zuvor, der Gesamtindex betrug nur 1,5 Prozent. Die Vermieter können jährlich automatisch an die Inflation anpassen, Tarife steigen besonders massiv. Die Rohölpreisspekulation erzeugte einen weiteren Teuerungsschub, der zum Teil aus dem Index herausgenommen wird.

Durch die Änderungen im Mietrecht geraten unzählige Klein- und Mittelunternehmen (KMU) gewaltig unter Druck, weil die Mieten für ihre Betriebsräume stark gestiegen sind. Diese Unternehmen und ihre Interessen-

vertretungen jammern wegen jedes Zehntelprozents an Lohn oder Gehalt für ihre lieben MitarbeiterInnen, gegen den Wucher der HauseigentümerInnen und Immobilienkonzerne wehren sie sich nicht – wie ist das mit den Krähen und dem Augenaushacken...?

Beschleunigter Raubbau?

Laut Kapital und der Unternehmen sollen die Lohnabhängigen noch mehr „zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit“ und des „Wirtschaftsstandortes Österreich“ beitragen – weil dasselbe Kapital in allen Ecken der Welt ohne Erbarmen Menschen zu unmenschlichsten Arbeits- und Lohnbedingungen rekrutiert. Das beginnt in unserer Nachbarschaft durch die Lohn- und Steuervorteile, mit denen investiertes Kapital sich innerhalb weniger Jahre verdoppelt. Aber Banken, Konzerne, Fonds und Shareholder wollen noch steilere Kurven auf ihren Gewinn Tabellen sehen.

Ein Hebel zur Gewinnmaximierung ist die „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit. Die Gewerkschaften kennen die Gefahr: Einen Spalt öffnen heißt die Tür bald weit offen haben. Flexibilisierung ist Lohnsenkung...

Die Unternehmer-Formel lautet „10-12-60-2“, das heißt: tägliche Normalarbeitszeit 10 Stunden, Maximal 12 Stunden, wöchentlich (ohne Überstundenzuschläge!) 60 Stunden, Durchrechnungszeit zwei Jahre. Angesichts bereits bestehender „Öffnungsklauseln“ darf es hier keinerlei Konzession für den beschleunigten Raubbau an Löhnen, Gesundheit und Lebensqualität geben.

Eine andere Unternehmerforderung, unterstützt von neoliberalen „Experten“, ist die flexible Lohnfindung nach Ertragslage des Unternehmens. Das „Unternehmerrisiko“ - managementseitige Unfähigkeit, Zufall wirtschaftlicher Entwicklungen, überlegene Konkurrenz

usw. - soll auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Fehlt nur noch, dass sie im Insolvenzfall die Schulden mittragen müssen.

Solche Forderungen werden dann noch als „Beteiligung am Gewinn“ umgelogen, es handle sich um eine „Aufwertung der Betriebsräte“. Betriebsvereinbarungen statt Kollektivverträge – damit ginge eine der wichtigsten Erregenschaften der letzten hundert Jahre verloren und würde den solidarischen Zusammenhalt zerstören.

Solidarität, Information, Widerstand sind nötig – angesichts einer mafiösen Managermoral, die ihre ohnehin schon millionenschweren Gagen um 30 Prozent aufstocken lässt und gleichzeitig mit einem Strich ganze Teilbetriebe mit hunderten Beschäftigten liquidiert, weil die globale Verlagerung oder Konzentration noch höhere Gewinne sichern soll – egal ob Elektro, Fluglinien, Autozulieferer, Schuhfabriken oder was immer.

Die eigene Kraft einsetzen

Erfolgreich abwehren und Fortschritte zu erzielen, die in den letzten Jahren verlorene Substanz zurückzugewinnen, das wäre die vorrangige Strategie für die Gewerkschaftsbewegung. Die aktuellen Lohn- und KV-Verhandlungen wären eine Gelegenheit für den Neustart anknüpfend an die Bewegungen der letzten Jahre.

Es macht nicht gerade hoffnungsfroh, wenn anlässlich „60 Jahre Sozialpartnerschaft“ eine schönfärberische gemeinsame Deklaration verkündet wird, in der das Diktat des neoliberalen Kapitals und der internationalen Konzerne mitsamt den weltweiten Machtinstrumenten WTO, Weltbank oder EU nicht vorkommen. Aber es solle eine „globale Sozialpartnerschaft, ein globales Ethos im Sinne einer gemeinsamen sozialen Verantwortung“ angestrebt werden und „besondere österreichische Entwicklungsimpulse“ erhalten.

Am 1. November schlossen sich auf einem Kongress in Wien die Gewerkschaften der beiden Weltverbände IBFG (sozialdemokratisch dominiert) und WVA (ChristgewerkschafterInnen) zu einem neuen Verband zusammen, um sich gegen das globale Kapital besser wehren zu können. Oder sollen ihre Organisationen global auf das „österreichische Erfolgsmodell“ orientiert werden? Es ist zu hoffen, dass die kämpferischen Kräfte in allen Gewerkschaften eine solche Entwaffnung verhindern und die Organisationen sich auf die Wurzeln ihrer Entstehung und ihrer Erfolgsgeschichte besinnen. Eine global koordinierte Lohnpolitik wäre ein erster Strang.

Hubert Schmiedbauer ist Journalist in Wien



Grundsätze der KV-Politik des GLB

Die Lohnpolitik ist ein Teil des Verteilungskampfes. Angesichts einer seit Jahren sinkenden Lohnquote als Indikator für die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums kommt ihr daher neben der Steuerpolitik aus gewerkschaftlicher Sicht zentrale Bedeutung zu.

Notwendig ist eine Orientierung der Lohn- und Gehaltsabschlüsse an der Stärkung der Massenkaukraft und damit als Beitrag zur Stärkung der Binnennachfrage, deren Schwäche seit Jahren Hauptursache für die wirtschaftliche Stagnation ist.

Notwendig ist eine Abgeltung der Teuerung bzw. des Reallohnverlustes zumindest in der Höhe des Verbraucherpreisindex für den Zeitraum seit der letzten Erhöhung durch einen Fixbetrag gemessen an einem mittleren Einkommen zur Wiederherstellung der verloren gegangenen Kaufkraft.

Darüber hinaus ist ein Anteil an der gestiegenen Produktivität, also am wirtschaftlichen Wachstum, als Maßnahme zur Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums notwendig, die in prozentueller Höhe erfolgen soll.

Ein Ziel einer solidarischen Lohnpolitik ist auch die Verkleinerung der Lohnschere zwischen hohen und niedrigen Einkommen. Dies soll jedoch ohne Gleichmacherei durch einen Mix aus einem Fixbetrag für die Kaufkraftabgeltung und einer prozentuellen Erhöhung als Anteil an Produktivitätssteigerung erfolgen.

Anzustreben ist ein Mindestlohn von 1.300 Euro brutto bei der jeweils geltenden Normalarbeitszeit für alle Branchen.

Klar abzulehnen sind von Unternehmerseite, aber auch von der Politik als Verhandlungspartner im öffentlichen Dienst, immer wieder ins Spiel ge-

brachte Nullrunden bei Löhnen und Gehältern. Nullrunden sind grundsätzlich unsozial und auch wirtschaftspolitisch kontraproduktiv.

Die Ablehnung gilt auch Einmalzahlungen, da diese nicht beitragswirksam für die Folgejahre werden und damit letztlich Verluste bei künftigen Erhöhungen bzw. für die Pension bedeuten.

Aus Sicht der Lohnabhängigen abzulehnen sind auch in den letzten Jahren verstärkt vereinbarte betriebliche Optionsklauseln zu Lasten der allgemeinen Erhöhung, da die Verhandlungspartner auf betrieblicher Ebene in der Regel in einer schwächeren Position gegenüber der Unternehmerseite sind als auf gesamtstaatlicher Ebene und solche Optionsklauseln auch für Umschichtung von Lohnbestandteilen in verordnete Mitarbeiterbeteiligungen verwendet werden. Ebenso ist das Aussetzen von Gehaltsvorrückungen (Biennalsprüngen etc.) abzulehnen.

Es ist bei KV-Verhandlungen verstärkt darauf Bedacht zu nehmen, dass ein Abdrängen von Lohnabhängigen in eine sogenannte „Scheinselbständigkeit“ verhindert wird. Dazu sind auf Gewerkschaftsebene entsprechende Konzepte auszuarbeiten.

Ebenso ist bei den KV-Verhandlungen eine generelle Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich im Sinne zahlreicher Beschlüsse von ÖGB-Kongressen mit dem Ziel einer 30-Stundenwoche einzubringen.

Im Gegensatz dazu sind die ständigen Vorstöße von Unternehmerseite nach noch stärkerer Flexibilisierung der Arbeitszeiten, etwa durch Ausdehnung der Tages- und Wochenarbeitszeit sowie der Durchrechnungszeiträume auf zwei Jahre abzulehnen, da es dabei vor allem um die kalte Abschaffung von Überstundenzuschlägen geht.

Ein Schwerpunkt bei sämtlichen KV-Runden ist grundsätzlich auf das Erzielen arbeitsrechtlicher Verbesserungen zu legen.

Die Laufzeit der Abschlüsse sollte maximal zwölf Monate betragen.

Anzustreben sind möglichst einheitliche Verhandlungstermine und Laufzeiten um die Position der Gewerkschaften bei den Verhandlungen zu stärken und der immer stärkeren Differenzierung im Lohngefüge entgegenzuwirken. Unbedingt notwendig im Sinne der Stärkung der Gewerkschaften und ihrer Tarifautonomie ist die Einbeziehung der Basis durch Informationsveranstaltungen vor Verhandlungsbeginn, laufende Information über den Stand der Verhandlungen und Urabstimmung über das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen.

(Leicht gekürzter Auszug aus einer Stellungnahme der GLB-Bundesleitung vom 9. Juli 2005)

Von Andrea Mayer-Edoloeyi

„Rolemodell“ für die Zukunft der Arbeit?



In Kunst und Kultur gab es kaum einmal ein so genanntes „Normalarbeitsverhältnis“: künstlerische Arbeit und projektbezogene Strukturen bedingen andere Formen. Heute ist der Kunst- und Kulturbereich ein „Rolemodell“ zeitgenössischer Arbeitsformen – gerade in Hinblick auf persönliche Identifikation und das Vermischen von Arbeits- und Privatzeit.

Das hat aber nicht zur Folge, dass die bestehenden Modelle sozialer Absicherung adaptiert und neu entwickelt auf diesen Bereich angewandt werden, sondern dass die allzeit bereit, allzeit willigen und flexiblen Kulturschaffenden dafür erhalten müssen, soziale Sicherungsmodelle auch in anderen Bereichen der Gesellschaft auszuhebeln.

Eine Situationsbeschreibung

Im Kulturbereich dominieren Werkverträge und freie Dienstverträge. Eine sozialversicherte Teilzeitanstellung wird als großer Schritt in Richtung soziale Sicherheit wahrgenommen. Viele Kulturschaffende kommen mit einem Job nicht aus, viele arbeiten weit unter ihrer Qualifikation.

Überdurchschnittlich viele Frauen sind betroffen, da die wenigen besser dotierten Jobs von Männern besetzt sind, die noch lange nicht in Pension gehen, und auch die wenigen neu zu besetzenden Jobs noch immer meistens mit Männern besetzt werden. Vom Kulturbereich kann als feminisiertem Bereich gesprochen werden: überdurchschnittlich viele Frauen - aber schlechte Rahmenbedingungen.

Kultur- und Kunstinstitutionen von Stadt, Land, Bund wirken als Kataly-

satoren der Prekarisierung. Sozialversicherte Jobs wurden abgebaut - es wird, zeitlich befristet, auf billige freie DienstnehmerInnen oder WerkverträgerInnen zurückgegriffen – egal ob es um Ausstellungsaufbau, Technik oder Kunstvermittlung geht. Waren das früher Einstiegsjobs in kulturelle Institutionen, wird heute die Perspektive eines Ein- und Aufstiegs faktisch nicht mehr geboten.

Die freie, unabhängige Kunst- und Kulturszene ist kein Ausweg für Kulturschaffende. Sinkende Kulturförderungen, die Intransparenz der meisten Fördervergaben und die steigende Bürokratisierung tun ihr übriges. Kulturinitiativen sind Modelle aktiver gesellschaftspolitischer Partizipation und selbstbestimmte Räume. Problematisch wird es wenn Fördergelder fehlen und eigentlich bezahlte Arbeit ehrenamtlich gemacht werden muss.

Vom Kunstmarkt abseits staatlicher Förderung können sowieso nur ein bis zwei Prozent der KünstlerInnen leben. Der Zuschuss zur Pensionsversicherung, von der schwarzblau/orangen Regierung als KünstlerInnensozialversicherung bezeichnet, bietet eine völlig unzureichende soziale Absicherung, die aktuellen Kriterien schließen viele aus. Skandalös ist, dass nun etwa

600 Personen, die zu wenig (!) verdient haben, diesen Zuschuss auch noch zurückzahlen sollen.

Gegenstrategien der Kulturschaffenden

Prekäre Beschäftigung wurde zunehmend Thema künstlerischer Projekte und rückte auch stärker in den Mittelpunkt der Arbeit der Interessensvertretungen von Kunst-, Kultur- und Medienschaffenden. Vom Kunststaatssekretariat wurde die Diskussion zu meist verweigert. Ob sich das nach der Wahl ändern wird, darf bezweifelt werden, weil die Parlamentsparteien durch Abwesenheit in der Kulturpolitik glänzen. Ohne den Druck der Betroffenen wird sich nichts zum Besseren verändern. Entscheidend dabei werden Allianzen sein, denn längst ist das soziale Sicherungssystem nicht nur für Kulturschaffende brüchig geworden.

Linktip: <http://www.kulturrat.at>

Andrea Mayer-Edoloeyi (geb. 1971) ist Kulturarbeiterin und Erwachsenenbildnerin, Vorstandsmitglied von FIFTITU% - Vernetzungsstelle für Frauen in Kunst und Kultur in Oberösterreich und von KUPF – Kulturplattform Oberösterreich und lebt in Linz

Armut um jeden Preis?

„Weiß ich, was ein Mensch ist? Weiß ich, wer das weiß! Ich weiß nicht, was ein Mensch ist, ich kenn nur seinen Preis.“ (Bertolt Brecht aus: Lied des Händlers oder Angebot und Nachfrage)

Im Duden findet man das Wort „Armut“ und „gefährdet“, jedoch nicht „armutsgefährdet“. Was ist unter diesem Begriff zu verstehen? Hast du einen Job, dein finanzielles Auskommen? Fühlst du dich armutsgefährdet? Armutsgefährdet – ein Schlagwort von Medienleuten und Politikern.

Erwerbsarbeitslose, prekär Beschäftigte und allein erziehende Mütter haben die Grenze der „Armutgefährdung“ längst überschritten, sie haben kaum ein finanzielles Auskommen. Daher sind sie nicht nur armutsgefährdet, sondern tatsächlich arm.

Ein Großteil der Beschäftigten ist „armutsgefährdet“, weil gefährdet ist man im Kapitalismus immer. Fühlst du dich in deiner Angst um deinen Arbeitsplatz armutsgefährdet? Mehr als eine Million Menschen, 13 Prozent der Bevölkerung in Österreich gelten als armutsgefährdet, weil diese Gruppe über weniger als Euro 848 monatlich verfügt.

Bei Erwerbstätigen beträgt das Armutsrisiko ca. acht Prozent, bei Männern elf Prozent, bei PensionistInnen 13 Prozent und bei Frauen liegt es bei ca. 14 Prozent. Auszubildende sind zu 19 Prozent armutsgefährdet, doch die negative Spitze liegt bei den Arbeitslosen mit ca. 32 Prozent.

Auch wenn das Pro-Kopf-Einkommen jährlich bei Euro 16.969 für einen Einpersonenhaushalt liegt, das entspricht monatlich Euro 1.414, so verfügt das einkommenschwächste Vier-

tel der Bevölkerung über jährlich weniger als Euro 12.868, das reichste Viertel hingegen kommt auf zumindest Euro 22.404.

Wobei die Gefahr der Verarmung nicht einzig und allein nur bei Arbeitslosigkeit liegt, vielmehr gilt es der Einstellung gegenzusteuern, die einen Niedriglohnsektor mit „Arbeit um jeden Preis“ forciert. Ein Großteil des Beschäftigungswachstums ist nur auf Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen.

„Sozial ist nicht nur das, was Arbeit schafft, sondern Arbeit, die vor Armut schützt“, so Diakonie-Sozialexperte Martin Schenk, denn niedriges Erwerbseinkommen schlägt sich auch in nicht-existenzsichernden Sozialleistungen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und in der Pension nieder. Wer ein Leben lang in prekären Jobs arbeitet, wird keine existenzsichernde Pension bekommen, das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe sind so gering, dass man im Falle von Jobverlust davon keinen Tag überleben kann.

Laut Armutskonferenz leben 253.000 Menschen in Haushalten, wo der Verdienst trotz Erwerbsarbeit nicht reicht. Einer der Gründe dafür ist die die hohe Besteuerung der arbeitenden Menschen und die asoziale Schonung der Vermögenden. Michael Bachner (Der Standard) stellt fest, was ÖVP und SPÖ gerne zerreden: „Österreich liegt bei den vermögensbezogenen Steuern im Vergleich mit allen anderen vergleichbaren Staaten am untersten



Ende. Der Anteil von Grund-, Erbschafts- und Schenkungssteuer macht hier zu Lande gerade einmal 1,3 Prozent der Gesamtabgaben aus.“

Nur ein präventiv wirkendes soziales Sicherungssystem reduziert Armut. So besteht in den USA und Großbritannien trotz geringer Arbeitslosigkeit eine hohe Armut, hingegen in Dänemark und Schweden herrscht geringe Armut bei geringer Arbeitslosigkeit, weil in diesen Ländern mehr in das Sozialsystem investiert wird.

Eine Gewerkschaft und eine ArbeiterInnenbewegung, die sich nur um existenzsichernde Einkommen kümmert, verlangt aber zu wenig. Und weil der Mensch ein Mensch ist, drum hat er Stiefel im Gesicht nicht gern! Er will unter sich keinen Sklaven sehn und über sich keinen Herrn.

Anna Paseka ist Mitglied der GPA/GLB und befindet sich eigeninitiativ in Ausbildung zur Lebens- und Sozialberaterin



Von Leo Furtlehner

Eigenvorsorge – für den Profit...



Ob Rürup, Aiginger oder Felderer, den Herren Experten (Frauen findet man hier kaum) haben eines gemeinsam: Die Botschaft „Wir können uns das nicht mehr leisten“. Kein Wunder, dafür werden sie auch bezahlt und das nicht schlecht. Sie liefern der Politik jenes Argument das dann lautet: Die angebliche Unfinanzierbarkeit gilt für Pensionen, Gesundheit und Pflege gleichermaßen, gelegentlich wird sie mit dem Zusatz garniert, „wir“ hätten über unsere Verhältnisse gelebt. Wer da wirklich über wessen Verhältnisse gelebt hat, fällt unter den Tisch.

Die PolitikerInnen brauchen „Argumente“ um den zunehmenden Ausstieg aus der Finanzierung des Sozialstaates zu begründen. Weiters geht es darum, bislang öffentliche Leistungen durch das Privatkapital zu übernehmen. Überschüssiges Kapital steht Gewehr bei Fuß für satte Renditen. Wo diese noch nicht hoch genug sind, wird man schon dafür sorgen, dass sie es werden...

Für die Betroffenen sind die bisherigen Erfahrungen mit Eigenvorsorge allerdings nicht rosig. Seit Jahren beglücken etwa die Pensionskassen ihre Versicherten mit Kürzungen der Zusatzpensionen, weil die großspurig angekündigten Renditen bei weitem nicht erreicht werden. Nach Abzug der Rendite und Verwaltungskosten (die weit höher sind als bei den vielgeschmähten selbstverwalteten Versicherungen) bleibt natürlich für die Versicherten nichts übrig.

Wo die Gesetze nicht ausreichen, wird nachgeholfen. Etwa wenn die Mitarbeitervorsorgekassen (MVK) die Kapitalgarantie bei der „Abfertigung Neu“ – vom ÖGB als großartige sozialpartnerschaftliche Errungenschaft gefeiert – abschaffen wollen. Bei den Pensionskassen wurde diese Maßnahme schon 2003 vollzogen, mit Erfolg für die Aktionäre...

Eigenvorsorge ist aber nicht neu, im Gesundheitsbereich ist sie seit Jahrzehnten üblich. Etwa in Form von Krankenscheingebühr, Medikamentengebühr, Spitalssteuer oder einfach dass Brillen und Zahnersatz nur in Ausnahmefällen von der Kasse übernommen werden.

Dabei sind die Kostensteigerungen exorbitant. So wurde etwa der Eigenaufwand bei Brillen seit 2000 um 248 Prozent auf 70 Euro angehoben. Der Spitalskostenbeitrag für ASVG-Versicherte stieg um 88 Prozent auf zehn Euro. Dazu spielen die Großparteien Täuschen und Tarnen, indem etwa die SPÖ in Oberösterreich und die ÖVP in Wien vehement gegen die letzte Erhöhung wettete, während die jeweilige Regierungspartei die Erhöhung eisern durchzog. Schließlich hatte man sie im Finanzausgleich paktiert – mit Zustimmung der „oppositionellen“ SPÖ.

Mit einer Quote von 2,48 Prozent privater Gesundheitsausgaben gemessen am BIP liegt Österreich bereits jetzt deutlich über dem Durchschnitt von EU bzw. OECD. Die Diskussion für einen generellen Selbstbehalt von 20 Prozent – möglich durch das Budgetbegleitgesetz 2003 – und Gusenbauers Ankündigung im Gesundheitswesen 400

Millionen Euro einsparen zu wollen, lässt nichts Gutes ahnen.

Tagein, tagaus heißt es, die Menschen sollten mehr Sport betreiben. Betreiben sie Sport heißt es, sie müssten wegen des erhöhten Risikos eine Zusatzversicherung abschließen. Als nächstes kommt wohl auch eine Zusatzversicherung für die Nicht-Sportler und das lässt sich auf alle Risiken ausdehnen, schließlich ist das ganze Leben ein einziges Risiko...

Obwohl jetzt sogar der Europäische Gerichtshof bestätigte, dass eine in Italien eingeführte Wertschöpfungsabgabe durchaus EU-konform ist, weichen die Parlamentsparteien dieser Maßnahme aus wie der Teufel dem Weihwasser. Genau hier aber liegt ein wesentlicher Schlüssel für die zukunftssichere Finanzierung des Sozialsystems.

Nicht Geburtenzahlen oder Lebenserwartung, sondern die Produktivität ist dafür letztlich entscheidend. Schlagend wird das freilich erst, wenn durch politische Entscheidungen diese Produktivität nicht nur für Gewinne und Dividenden, sondern im Interesse der Allgemeinheit nutzbar gemacht wird.

Privatisierung: Warnungen wurden ignoriert

Wer die Folgen der Privatisierung, der Ausgliederung und Zerstückelung, der Herstellung angeblicher „Wettbewerbsfähigkeit“, der Rationalisierung zugunsten des Aktienkapitals zu tragen hat, erfahren die Betroffenen täglich. Widerstand gab es seit Jahrzehnten. Kürzlich hörte man wieder von der SPÖ, es solle keine weiteren Privatisierungen geben. Ach ja, die Post-KollegInnen wählen demnächst und bei der Post – neben Telekom, AUA und OMV – besitzt die ÖIAG noch Anteile.



Demo gegen die Postzerschlagung in Linz

Mit dem Anschluss an die EU, der in Gewerkschaften und Arbeiterkammern massiv propagiert wurde, fielen die letzten Schranken für die Entfesselung einer hemmungslosen Profitwirtschaft. Niemand darf sich ausreden: „Des hamma net g'wusst...“ Warnungen gab es genug.

Hier ein paar Beispiele:

Für die Wirtschaft in öffentlicher Hand – bezogen auf die Dienstleistungen – gebe es einen Versorgungsauftrag in der Fläche, meinte 1994 der heutige BAWAG-Chef Ewald Nowotny*) und er wies am Beispiel der privatisierten Deutschen Bundespost nach, wie dieser Auftrag verloren geht. Öffentliche Unternehmen seien Instrumente der Wirtschaftspolitik – das betrifft auch die verstaatlichte Industrieproduktion - und bei der Privatisierung entstünden verteilungspolitische Folgen: Die Bereitstellung von Leistungen sei nicht neutral, so werde in der EU diskutiert, denn es würden z.B. in der E-Wirtschaft durch die Marktmacht der Großkonzerne spezielle Lieferverträge und Leitungsrechte ermöglicht, von denen nur die

Großkonzerne zu Lasten der Privathaushalte und der Klein- und Mittelunternehmen profitieren.

Auch der damalige Chef der Verbundgesellschaft, Walter Fremuth*), widerspricht im selben Diskussionsprozess dem Schlagwort vom notwendigen Rückzug der öffentlichen Wirtschaft zugunsten der Privatwirtschaft. Der Staat habe Zielvorgaben zu fixieren – allerdings sollten Politiker nicht in das Management „hineinfunkeln“. Zielsetzungen, die über das Betriebswirtschaftliche hinausgehen, seien legitim, müssten aber gesagt und begründet werden. Er sprach sich für Joint-Ventures zwischen öffentlichen und privaten Eigentümern aus, entscheidend sei jedoch, wer das Sagen hat, wo der Einfluss liegt und wer diesen Einfluss in welcher Form ausübe.

Und was tat sich in ÖGB und AK?

Wer erinnert sich noch an die Kämpfe der KollegInnen in der Stahlindustrie und speziell im Voest-Alpine-Konzern u.a. mit den TV-Sendungen zur Mobilisierung des Widerstands gegen die

Diffamierung der Verstaatlichten, in der E-Wirtschaft mit den eindrucksvollen Versammlungen in Wien, bei Semperit mit Beteiligung vieler Organisationen, an die unzähligen kleineren Aktionen im ganzen Land? Haben die leitenden Organe des ÖGB und der AK alle Möglichkeiten ausgeschöpft?

Warnungen und Argumente kamen seit Jahren. Reprivatisierung sei Bestandteil der politischen Strategie der neokonservativen Strömungen, die in der Mehrzahl der EG-Staaten die Regierungspolitik bestimmen, stellte eine Studie der AK 1987**) fest. In dieser Dokumentation wird auch das ÖVP-Konzept „zur Privatisierung und Eigentumsbildung“ angeführt. Es geht zurück auf die Vorschläge der OECD zur „Stimulierung des Wettbewerbs“, in dem die Sektoren Transport, Post- und Telekommunikation, Rundfunk und TV, Energie, Bankwesen usw. angeführt sind.

Einleitend weist die Studie nach, dass die Privatisierung „natürlicher Monopole“ allein keine Effizienzsteigerung bringe, sondern die Zersplitterung eher nachteilige Folgen habe und vor allem für kleinere Länder aus ökonomischen

Gründen nicht in Frage komme. Zur Anschaulichkeit seien noch zwei Beiträge zitiert, die von damaligen AK-Expertinnen und nunmehrigen Managerinnen großer Konzerne stammen:

Argumenten für eine Reprivatisierung zur betriebswirtschaftlichen Entwicklung sei entgegenzuhalten, dass sie nicht unbedingt eine Privatisierung voraussetzen, stellt Wilhelmine Goldmann, nunmehrige ÖBB-Vorstandsdirektorin, fest. Eine Privatisierung bringe die große Gefahr mit sich, dass ausländisches Kapital noch mehr Einfluss auf österreichische Betriebe gewinne. Der Stellenwert der Verstaatlichten in der Gesamtindustrie Österreichs sei seit 1950 nahezu unverändert geblieben.

Ein verheerendes Zeugnis stellen B. Ederer (nunmehrige Chefin von Siemens Österreich) und E. Beer der Entwicklung der Bankenkonzerne (Betriebe im Besitz von Länderbank und CA) aus: 1984 arbeiteten dort zwar noch fast 10 Prozent der österreichischen Industriebeschäftigten (55.000), doch es herrsche ein Mangel an strategischen Überlegungen. Die Verkäufe von Teilunternehmen gingen überwiegend an ausländische Unternehmen und wurden zum Teil zur „verlängerten Werkbank“. Das war 1987. Einige Jahre später war Ederer als Staatssekretärin eine der Propagandistinnen und Vollzieherinnen des EU-Anschlusses.

Problem erkannt, zur Lösung nicht fähig

Gehen wir noch weiter zurück. Der ÖGB-Rednerdienst – die monatliche Anleitung für Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte, Vertrauensleute – behandelt in Nr.1/1983 „Entstehung, Funktion und Probleme der Verstaatlichten“. Es wird Klage geführt über die Diffamierungskampagne der ÖVP, mit der die Zerschlagung und Privatisierung der öffentlichen Wirtschaft vorangetrie-

ben werde. Es bestand damals eine SPÖ-Alleinregierung.

Und was machte der ÖGB in dieser Situation? Statt den Kampf um die Erhaltung und den Ausbau des öffentlichen Sektors anzuleiten – in der Stahlkrise wanderten in den westlichen Staaten etwa 700 Milliarden Schilling (!) an Subventionen zur Eisen- und Stahlindustrie – wird von den Beschäftigten und Betroffenen „Verständnis“ dafür eingefordert, dass Opfer zu bringen seien. In Produktion, Beschäftigung, bei den sozialen Zuwendungen usw. gebe es außergewöhnliche Maßnahmen und die Aufgabe der Gewerkschaften sei es, „diese Opfer auf ein erträgliches Ausmaß zu reduzieren“.

Zehntausende Arbeitsplätze wurden mittlerweile vernichtet und Sozialabbau in großem Umfang betrieben. (Siehe Seite 17 von Karl Russheim.) Dafür gab es unzählige Anträge, Resolutionen und programmatische Beschlüsse der Gewerkschaften und Arbeiterkammern zur notwendigen „Erhaltung strategischer Mehrheiten“, zur „Sicherung des Familiensilbers“ und ähnliche Stehsätze, die zwar dem Willen der Basis entsprachen, aber folgenlos blieben.

Die ÖIAG als Dachgesellschaft der Verstaatlichten reformierte in der Folge ihren Konzern – um ihn privatisierungsreif zu machen. Großbanken wurden Stück für Stück dem Auslandskapital zugeschanzt. Was die SPÖ-Alleinregierung und danach die SPÖ-ÖVP-Koalition eingeleitet haben, die Sparpakete und Pensions„reformen“ der neunziger Jahre, den EU-Anschluss,

das Fehlen jedes Widerstands gegen die Verschärfung der „neoliberalen“ Profitwirtschaft führten schließlich zur Vollendung des eingeschlagenen Weges durch die ÖVP-FPÖ-Koalition. Da war es mit dem erträglichen Ausmaß endgültig vorbei.

Doch in den letzten Jahren, als die ÖGB-Führung durch die Unzufriedenheit der ArbeiterInnen und Angestellten gezwungen war, die Muskeln spielen zu lassen, ging es stets nur bis zur Schwelle des Erfolges. Dann wurde mit dem Vorwand „Demokratie“ auf das Parlament verwiesen und die demokratisch nicht legitimierte „Sozialpartnerschaft“ beschworen, um die sich Industrie- und Bankkapital ohnehin nicht mehr scheren. Die Macher des Neoliberalismus treiben weiter ungehindert Regierungen und EU-Administration vor sich her und lachen sich über GewerkschafterInnen bucklig, die mit Mitteln der bürgerlichen Demokratie oder gar durch Mitjonglieren im kapitalistischen Spekulationszirkus vorgeben, die Interessen ihrer Mitglieder und aller Lohnabhängigen nachhaltig wahren zu können. Aber das hat die Geschichte längst widerlegt.

*) Zeitschrift für Gemeinwirtschaft 3/1994

**) AK Wien, September 1987: Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr.35: Öffentliche Unternehmen und die Frage der Privatisierung.

Hubert Schmiedbauer ist Journalist in Wien



Zweiklassengesellschaft und Sozialdumping – Leiharbeit bei Siemens

Vor kurzem erhielt Brigitte Ederer, Generaldirektorin von Siemens Österreich und vielen noch bekannt durch ihre Behauptung, in der EU würden sich alle monatlich tausend Schilling ersparen, den Frauenpreis der Stadt Wien mit der Begründung, sie diene anderen Frauen und Mädchen aufgrund ihres raschen Aufstiegs bei Siemens als „Rollenmodell“.

Verdient hätte sie sich eher einen Preis für die besonders skrupellose Durchsetzung der Sozialdumping-Strategie des internationalen Siemens-Konzerns. Wegen der geplanten Auslagerung der Siemens-Software-Schmiede PSE wird es am 8. November zu einem Warnstreik der betroffenen 250 KollegInnen dieses Betriebes kommen.

Besonders kreativ ist der Siemens-Konzern bei der Leiharbeit. 1998 gründete die Siemens AG eine konzern-eigene Personalüberlassungsgesellschaft – die SML. Bereits Mitte 2001 überließ diese und andere Leiharbeiterfirmen dem Siemenskonzern ca. 1.500 MitarbeiterInnen, vorwiegend Angestellte. Das Leasing von Personal bietet dem Konzern den Vorteil, kosten- und imageschonend je nach Auftragslage leicht heuern und feuern zu können – schließlich betreibt das ja nicht der Konzern selbst.

Viele der bei SML angestellten und an Siemens verliehenen KollegInnen erhoffen sich früher oder später eine Übernahme durch Siemens und nehmen die schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen hin. Die Hoffnungen erfüllen sich aber nur selten – lediglich 40 wurden letztes Jahr von Betrieben des Siemens-Konzerns übernommen.

Wer bei der Leiharbeiterfirma SML beschäftigt und an Siemens verliehen ist, verdient in der Regel ca. 30 Prozent weniger als seine Siemens-Kollegin bei gleicher Tätigkeit. Grund dafür ist, dass für die Firma SML der KV für das Elektrogewerbe gilt, der wesentlich schlechter ist als der für Siemens gültige KV Elektroindustrie. Auch die jährlichen bzw. 2-jährlichen Ge-

haltssteigerungen fallen beim KV Elektrogewerbe wesentlich niedriger aus.

Zudem gelten die meisten Betriebsvereinbarungen der Siemens AG nicht für jene, die als Leiharbeitskräfte dort beschäftigt sind, sie fallen um Erfolgsprämien und andere sozialen Leistungen um. Vertreten werden die KollegInnen von einem Betriebsratsmitglied des Siemens-Konzerns, den sie mitwählen durften – allerdings findet sich folgendes Zitat eines Betriebsrats auf der Homepage der Siemens-Leiharfirma: „Unsere Firma ist die Lunge der Siemens AG Österreich, die ihr das Atmen im Rhythmus der Marktbedürfnisse erlaubt“ – damit ist wohl alles gesagt.

Kreativ ist Siemens auch bei der Suche nach schlechteren Kollektivverträgen – bereits vor vielen Jahren wurde der Betrieb IC, der Siemens-Artikel für den Großhandel vertreibt, ausgelagert – zwar galt für „Altbeschäftigte“ nach wie vor der KV Elektroindustrie, für alle neu Beschäftigten jedoch der Handels-KV.

Während das österreichische

Stammpersonal bei Siemens bisher von Kündigungen und „einvernehmlichen“ Lösungen weitgehend verschont blieb, erfolgt der Personalabbau vorwiegend über jene Kräfte, die über Leiharbeiterfirmen bei Siemens tätig sind.

Leider fehlt es noch an gewerkschaftlich notwendiger Solidarität der Siemens-Beschäftigten mit ihren KollegInnen, die über Leiharbeiterfirmen an Siemens verliehen worden sind. Allerdings bleibt zu hoffen, dass durch die Auseinandersetzung um weitere Auslagerungen und hoffentlich nicht ausbleibende Kampfmaßnahmen des Betriebsrats und der Gewerkschaft diese Solidarität wächst.

Noch ist es Zeit, sich national und international gewerkschaftlich zu organisieren und zu solidarisieren. Ein international organisierter Kampf aller KollegInnen bei Siemens gegen den sozialen Kahlschlag wäre sicher wirkungsvoller, als ein noch so gut organisierter Einzelkampf auf nationaler und betrieblicher Ebene – so wichtig auch diese sind.

Oliver Jonischkeit ist ÖGB-Sekretär des GLB

Keine schmutzigen Geschäfte im Kongo!

Die UNO zeigte wiederholt die Verwicklung westlicher Konzerne in die illegale Rohstoffausbeutung im Kongo auf. Durch diese schmutzigen Geschäfte wurde der Bürgerkrieg - einer der blutigsten Kriege nach Ende des 2. Weltkrieges mit bis zu vier Millionen Toten - am Laufen gehalten. Die UNO hat alle Mitgliedsstaaten aufgefordert, solche Verstrickungen ihrer Unternehmen aufzuklären und zu verfolgen, weil sie sich sonst selbst „zu Komplizen machen“ (UNO-Bericht S/2002/1146). Auch österreichische Unternehmen wurden dabei genannt. Eines davon, die Treibacher Industrie AG reagierte darauf mit einer Klage wegen „Kreditschädigung“. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss sollte daher allfällige Verwicklungen österreichischer Unternehmen in solche schmutzigen Geschäfte aufklären und verfolgen. Nähere Informationen unter: <http://www.friwe.at/Forum/KongoUntersuchung.php>

Von Ernst Wieser

ÖBB Versorgungshaus für Regierungsgünstlinge



Als Wunderland für die Günstlinge von ÖVP, FPÖ und BZÖ haben sich die ÖBB in den letzten sechs Jahren entwickelt. Möglich wurde dies durch die Zerschlagung in eine Holding mit zahlreichen Tochterunternehmen.

Dem „roten“ Manager Helmut Draxler, der sich mit dem Abbau von 18.000 Arbeitsplätzen von 1993 bis 2001 einen Namen als „Sanierer“ machte, folgte kurzzeitig der parteilose Rüdiger vorm Walde und dann der stramme ÖVP-Mann Martin Huber.

In den Aufsichtsrat der ÖBB-Holding zogen Ex-FPÖ-Abgeordneter Siegfried Dillersberger und der FPÖ-Mann Karl Sevelda ein. Ihnen zur Seite steht der ehemalige LIF-Mann Johannes Strohmayer der gleichzeitig auch im Aufsichtsrat der Rail Cargo AG Diäten kassiert, wo auch Ex-FPÖ-Abgeordneter Rüdiger Schender sitzt. Ex-Justizminister Dieter Böhmdorfer (FPÖ) wiederum hat nicht nur im Aufsichtsrat der Holding, sondern auch in der Infrastruktur Betrieb AG, der Infrastruktur Bau AG und der Immobilienmanagement AG Platz genommen, in letzterer ist auch Dillersberger vertreten. Gleich auf einen Vorstandsposten gehievt wurde FPÖ-Mann Gilbert Trattner als Chef

der Infrastruktur AG, wo Sevelda zusätzlich im Aufsichtsrat sitzt.

Vertreter des Privatkapitals haben eigentlich in einem öffentlichen Unternehmen nichts verloren, aber schon unter Kreisky begann die unselige Praxis solche in die damalige Verstaatlichte zu hieven, wo sie ihre Profitinteressen zur Geltung brachten. Bei den ÖBB sitzen heute Wienerberger-Chef Wolfgang Reithofer, der Industrielle Franz Rauch, KELAG-Vorstand Hermann Egger, Telekom-Vorstand Rudolf Fischer und der Industrielle Kari Kapsch im Aufsichtsrat der Holding. Egger und Fischer sitzen zusätzlich bei der Infrastruktur Betrieb AG sowie Infrastruktur Bau AG, Rauch und Kapsch bei der Rail Cargo AG, Fischer und Reithofer in der Immobilienmanagement AG im Aufsichtsrat.

Ein besonderes Kaliber ist Fredmund Malik, Chef des Managementzentrum Sankt Gallen in der Schweiz, der nicht nur im Aufsichtsrat der Holding vertreten ist, sondern auch dem der Perso-

nenverkehrs AG vorsitzt. Diese wird von der SPÖ-Frau Wilhelmine Goldmann dirigiert, die sich einst von der Arbeiterkammer Wien kommend als stramme Privatisierererin in der ÖIAG einen Namen machte, bevor sie die Postbus AG „sanierte“ und ins ÖBB-Management aufstieg. Malik fühlte sich nämlich berufen Kritik an der Misswirtschaft des ÖBB-Management äußerst wortreich abzuwehren, als sich herausstellte, dass er selbst Nutznießer durch lukrative Berateraufträge war.

Mit der Holding-Struktur wurden die ÖBB zum Versorgungshaus für Günstlinge der Regierung. Und die Kapitalvertreter sitzen wohl kaum ohne entsprechende Eigeninteressen im Staatsunternehmen.

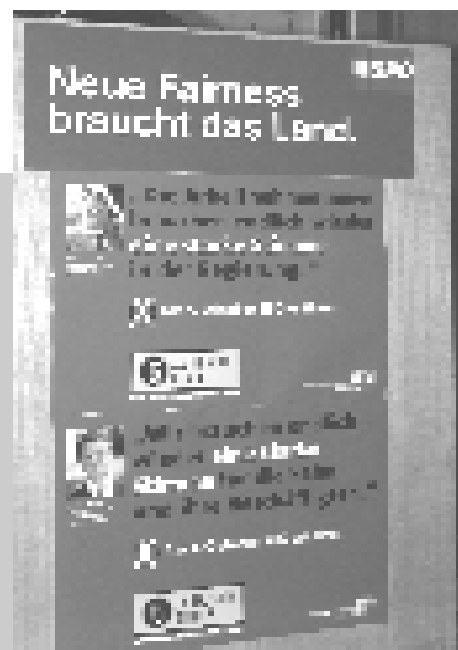
Ernst Wieser ist Bundessekretär des GLB-Eisenbahn und Bundesvorstandsmitglied der GdE

Neue Fairness braucht das Land.

Mit diesem Motto ging die SPÖ in den vergangenen Nationalratswahlkampf. Aber das Wahlplakat war nicht nur auf Parteiveranstaltungen zu sehen, man sah sie auch auf der Regionskonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner.

Es ist schon sehr frech, dass die GenossInnen der Sozialdemokratie ihre „neue Fairness“ ausgerechnet auf einer Gewerkschaftsveranstaltung missbräuchlich verwenden. Anscheinend waren sie sich schon vor der Wahl über ihre neue Machtgewinnung sehr sicher. Damit wird wohl auch mit der neuen Regierung ein ähnlicher Kurs zu erwarten sein.

Ernst Wieser



Von Bärbel Danneberg

Pflege im Notstand

Die Wahlen sind vorbei, geblieben ist der Pflegenotstand, von dem der abgewählte Kanzler behauptet hat, es gebe ihn nicht.

Das war ein heftiges Auflodern der öffentlichen Diskussion: ausländische Pflegekräfte versorgen unsere Alten – und zwar billiger und oft bedarfsorientierter, als es heimische Pflegekräfte könnten. Selbst der abgewählte Schweigekanzler wusste dies in seiner Familie still zu schätzen.

Nach geschlagener Schlacht bleibt abzuwarten, was von den vollmundigen Wahlversprechen übrig bleibt. Darin sind sich alle einig, dass Wegschauen von der Schwarzarbeit keine Lösung ist. Der von Minister Bartenstein vorgelegte Entwurf für eine Verordnung, nach welcher der Arbeitsmarkt für Pflegekräfte aus Osteuropa vorzeitig geöffnet werden soll, stößt allerdings auf Kritik von Seiten von ÖGB und AK, denn arbeits- und sozialrechtliche Regelungen sind darin nicht geklärt. Das sei „eine Öffnung des Arbeitsmarktes durch die Hintertür“, nach einem Jahr würden „legalisierte“ Pflegekräfte aus Osteuropa für den gesamten EU-Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, kritisiert ÖGB-Chef Hundstorfer. Es bleibt also abzuwarten, ob die Verordnung wie geplant Anfang November erlassen wird. Der ÖGB regt an, die von ihm vorgeschlagene rückwirkende Amnestierung von illegalen Pflegekräften aufzugreifen, um in Ruhe ein tragfähiges und gesetzlich abgesichertes Modell zu entwickeln.



Die Fachgruppenvereinigung für Gesundheitsberufe (ÖGB-FGV) sieht folgende Hauptprobleme: rund ein Drittel der etwa 40.000 ausländischen Betreuerinnen verfügt über keine entsprechende Qualifikation zur Altenpflege; in der öffentlichen Daseinsvorsorge kommt es zu einer schleichenden Privatisierung, 80 Prozent der in Österreich lebenden Alten und Behinderten werden zumeist von Frauen innerhalb der Familie gepflegt; leistbare alternative Angebote und Voraussetzungen für eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung fehlen; in den einzelnen Bundesländern gibt es unterschiedliche Sozialleistungen. Die Legalisierung der Pflegekräfte aus Osteuropa darf nicht zu Lohndumping und unfairer Konkurrenzierung österreichischer ArbeitnehmerInnen führen. Vielmehr müssten neue rechtliche Sonderformen geschaffen, ein entsprechendes Tarifmodell entwickelt werden. „Unter dem Mindestlohn wird es aber keinen Tarif geben“, meint ÖGB-FGV-Vorsitzende Mostbauer.

Es geht vor allem um Frauenarbeit, da wolle die Gewerkschaft keine Vorreiterin für Niedriglohnpolitik sein. Sollten trotz eines funktionierenden öffentlichen Angebotes private Betreuungsleistungen nachgefragt werden, setze das die Gleichstellung ausländischer Arbeitskräfte mit inländischen voraus – in arbeits- wie in sozialrechtlicher Hinsicht.

Bei einer Pflege-Enquete versuchten Hilfs- und PensionistInnenverbände aufzulisten, welche Mängel dringend einer Lösung bedürfen. Insbesondere die Valorisierung



des Pflegegeldes in Höhe der Pensionsanpassung und dessen Zweckbindung waren ein Anliegen, weiters standen der flächendeckende Ausbau mobiler Hilfe, ein selbstständiges Berufsbild für ganztägige AltenbetreuerInnen, die Vereinheitlichung der Leistungsstandards sowie die sozialrechtliche Absicherung für pflegende Angehörige und die Anrechnung als Pensionszeiten auf der Wunschliste.

Laut Ludwig-Boltzmann-Institut müssten die mobile Pflege und Betreuung um 400 Prozent ausgebaut und alternative Betreuungsangebote wie Tagesbetreuung, betreutes Wohnen, Urlauberbetten etc. entwickelt werden. Doch allein, es fehlt an Geld.



Snowboard, Sonne, Ski & Spaß...

...für Sport-, Natur- und Abenteuerbegeisterte vom 3. bis 10. Februar 2007 in der Steiermark. Infos und Anmeldung: Kinderland Wien, Hugogasse 8, 1110 Wien, Telefon und Fax (01) 749 79 21, Mail office@kinderlandwien.at, Web www.kinderlandwien.at

Mehrleistung, aber Soziales verschwunden

Karl Russheim, als GLB-Betriebsrat und Gewerkschafter weit über die Steiermark hinaus bekannt, hat Jahrzehnte in Donawitz gearbeitet – wie schon sein Vater und sein Großvater. Wir bringen hier einige seiner Erfahrungen und Vergleiche über die Lage der Beschäftigten.



Karl Russheim

„Unsere Fraktion hatte bei den Arbeitern bis 1951 und bei den Angestellten bis 1955 die Mehrheit. Donawitz zahlte die höchsten Löhne in Österreich, das hatte Auswirkungen auf die übrige Industrie – sie musste auch anständige Löhne zahlen, sonst hätten sie nicht genug Arbeitskräfte bekommen.“

„Beim Hochofen – mit Vierofenbetrieb – haben wir 680 Beschäftigte gehabt. Die vier Öfen brachten an die 800.000 Tonnen Roheisen im Jahr. Beim Hochofen sind jetzt 120 Beschäftigte. Jahresproduktion 1,2 Millionen Tonnen. Modernste Technologie. Unheimliche Einsparungen auf Kosten der Belegschaft. Früher beim großen Ofen neun Mann pro Schicht. Maximal zwei Abstiche in acht Stunden, einer hat an die drei Stunden gedauert. Danach hat die Belegschaft Hitzepause gehabt. Die Aufenthaltsräume waren sauber, Jausen, Kühlschränke usw. Gesessen bis nächster Abstich war.

Heute arbeiten beim selben Ofen drei Kollegen. Der Ofen wird nicht mehr zugemacht, brennt und rinnt ständig. Die Rinnen werden nicht mehr repariert, sondern ausgetauscht. Es stehen die Reserverinnen bereit... Keine Jausenpause mehr. Keine Hitzepausen über die KV-Regelungen hinaus.

Für das Werksbad haben wir zwölf Badewärter gehabt, für jede Schicht vier. Dafür wurde ein Soziallohn gezahlt. Für Kollegen, die ausgeschunden waren, hat man Sozialarbeitsplätze zur Verfügung gestellt. Invalidenarbeitsplätze gibt es zwar nach wie vor, aber z.B. statt zwölf Eingängen (mit Portieren) gibt es nur mehr vier.

In der Werkstatt hatten wir sechs Zimmerer, denn es ist keine Reparatur irgendwo gemacht worden, wo sie nicht vorher ein Gerüst aufbauen mussten. Sonst wäre kein Schlosser oder Elektriker hinaufgestiegen. Heute haben sie ein Fahrzeug mit einem Tragkorb, der fährt hin, und es gibt keine eigenen Zimmerer beim Hochofen mehr, aber Zimmerer, die für das ganze Werk zuständig sind. Dann hatten wir sechs Maurer. Wenn die Rinnen stark beschädigt waren, mussten sie feuerfest ausgetüschert werden. Aber die Maurer machten auch andere Arbeiten. Heute gibt es keinen einigen mehr, da wird eine Firma angefordert. Die meisten Aufträge gehen an Fremdfirmen. Das ist nicht nur beim Hochofen so, sondern im ganzen Werk.“

Eine Besonderheit in Donawitz waren die Werkwohnungen. „Es hat zum Beispiel über tausend alte Werkwohnungen gegeben. Zu den Wohnungen gab es ein Kohlendepotat. Die Alpine hatte ja die Bergbaue Seegraben, Fohnsdorf usw. 4200 Kilo Braunkohle bekam ein Arbeiter gratis. Deputate gibt es keine mehr, man kann verbilligte Kohle oder Koks kaufen.

Die KPÖ hat nach dem Krieg eine Wohnungsgenossenschaft Donawitz gegründet, die dann von der ÖVP geführt worden ist. Da haben das erste Mal in der Republik die Arbeiter zum Hausbauen angefangen. Die Gründe sind von der Alpine um 50 Groschen pro Quadratmeter an die Genossenschaft verkauft worden. Die Firma hat

Lasttransporte gemacht, zinsfreie Kredite gegeben usw. Die nach dem Krieg gebauten Wohnungen wurden um acht Prozent vom Durchschnittslohn für Miete und Betriebskosten vergeben. In Trofaiach bekamen wir 2000 S Zuschuss, um die Miete auf zehn Prozent des Einkommens zu drücken. Die Wohnungen wurden von der GIWOG saniert und vermietet sie um die üblichen Preise. Die Zuschüsse vom Werk sind seit zehn Jahren weg.“

Der Weg zur Arbeit hat sich verändert. „Vor dem Krieg wohnten fast alle in Donawitz und Trofaiach. Dann brauchte man Arbeitskräfte aus der Umge-



bung, dafür gab es Gratis-Werksbusse für die Schichtarbeiter und Fahrtzuschüsse für mehr als fünf Kilometer Entfernung. Jetzt gibt es keine Fahrtkostenzuschüsse mehr. Die Eisenbahn Richtung Vordernberg ist weg.“

Von Michael Graber

ÖGB: Inhaltliche Vorbereitung wie gehabt



Neben den Regionalkonferenzen, deren positiven Einfluss auf den Reformprozess sich aber erst herausstellen muss, finden auch Arbeitskreise statt. Einer der wichtigsten ist der wirtschaftspolitische Arbeitskreis. Grundlage ist, wie immer ein Papier, das von AK (G. Chaloupek) und vom volkswirtschaftlichen Referat des ÖGB (G. Kovarik) ausgearbeitet wurde.

Wer darin irgendeine neue Orientierung oder neue Akzente sucht, kann das Papier gleich wieder weglegen. Es ist ein Signal, dass sich der ÖGB auch weiterhin in den vorgegeben Fahrwassern des wirtschaftspolitischen Mainstream bewegen will und seine „Anschlussfähigkeit“ gegenüber der jeweiligen Regierungspolitik nicht verlieren will.

Es gibt auch Stellen, die die Ergebnisse der schwarz-blau-orangen Regierung „inhalieren“, Korrekturen jedenfalls nur in einzelnen Aspekten verlangen. Offenbar sollen auch die Regierungsverhandlungen durch autonome Standpunkte des ÖGB nicht „belastet“ werden.

Das gilt insbesondere für die Pensionsgegenreform, gegen die noch 2003 mobilisiert wurde: „Die Pensionsversicherungsreform 2003 ist bei aller Notwendigkeit einer langfristigen Anhebung des Pensionsantrittsalters in mehrfacher Hinsicht problematisch“. Wurde das auf der großen Demo 2003 auch so gesagt? Kritisiert wird dann die „kurzfristige Einschränkung der Frühpensionierungen“ und die „Eile“ der schwarzblauen Regierung. Am Grundkonzept wird nicht gerüttelt. Es werden sogar indirekt GÖD und GdG gerügt, dass sie einen „wesentlich langsameren Einstieg“ in das „harmonisierte“ Pensionsrecht durchgesetzt hat.

Thema Arbeitszeitverkürzung: Erst auf Intervention des GLB-Vertreters wurde der Passus „bei vollem Lohnausgleich“ aufgenommen. Bezeichnend für die Atmosphäre: Ein BRV berichtete stolz, dass in seinem Unternehmen (das übrigens zumindest teilweise un-

ter öffentlicher Kontrolle steht), die 32-Stundenwoche – ohne Lohnausgleich – und mit sechsmonatigen Durchrechnungszeitraum für Zeitausgleich (Flexibilisierung) abgeschlossen wurde. Ein anderer BRV meinte, „unsere“ Betriebsräte wollen die Arbeitszeitverkürzung nicht und forderte ziemlich unverblümt, dass sich der ÖGB-Neu diesen Stimmungen „der Basis“ anzupassen habe. Der vorsitzführende Metallchef Foglar stimmte dem mit dem Satz zu, dass der ÖGB die 35-Stundenwoche schon seit Jahren als „Ballast“ mitschleppe, weil er sie eh nicht verwirklichen werde.

Arbeitszeitverkürzung ist eine gesellschaftspolitische Aufgabenstellung, aber solche Perspektiven sind schon lange aus dem Wortschatz der ÖGB-Führung verschwunden. Kein Wunder, dass „die Basis“ beim Wort Arbeitszeitverkürzung nur Lohnkürzung und/oder Flexibilisierung zugunsten der Unternehmer versteht.

Apropos Produktivitätsentwicklung: „Der Trend(!) zur Verkürzung der wöchentlichen Normalarbeitszeit“ habe sich deshalb „nicht mehr fortgesetzt“, weil „sich der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsfortschritt, der vor 1975 im Durchschnitt gut vier Prozent jähr-

lich ausmachte, entscheidend verringert hat, und dass der verbliebene Spielraum zur Erhöhung der Reallöhne sowie für den steigenden Finanzierungsbedarf der sozialen Sicherung genutzt worden ist“. Davon ist kein Wort wahr, die Aussage wird auch nicht belegt. Im Gegenteil. An einer anderen Stelle wird die „schwache Entwicklung der kollektivvertraglichen Abschlüsse“ registriert. Warum die Produktivitätsentwicklung seit Jahren nicht mehr im wirtschafts- und sozialstatistischen Taschenbuch der AK, einem Rüstzeug für Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre aufscheine, wurde vom GLB-Vertreter gefragt. Antwort: Das wäre derzeit zu kompliziert. Trotzdem bekennt sich der ÖGB zur „produktivitätsorientierten Lohnpolitik“.

Vielleicht gelingt es noch, da und dort Ecken und Kanten in die wirtschaftspolitischen Grundlagen für den ÖGB-Kongress hineinzubringen, auf die man sich in der Praxis berufen kann. Inhaltlich bleibt das Dokument aber das meiste schuldig, was für eine Erneuerung der Gewerkschaftspolitik erforderlich wäre.

Michael Graber ist Volkswirtschaftler in Wien

Unabhängiger und offensiver ÖGB ist notwendig

Deutliche Vorstellungen zur Reform des ÖGB und Forderungen an die künftige Bundesregierung standen im Mittelpunkt der Diskussion bei der diesjährigen Bundeskonferenz der Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB), die am 21. Oktober 2006 im Haus der Gewerkschaft der EisenbahnerInnen in Wien-Margareten stattfand.

Beschlossen wurden Resolutionen zum kommenden ÖGB-Bundeskongress sowie Forderungen an die neue Regierung und ein Antrag mit Eckpunkten für einen neuen ÖGB. Über den Stand des Reformprozesses des ÖGB berichtete GLB-Bundessekretär Oliver Jonischkeit und bezeichnete Mitgliederbefragung und Regionalkonferenzen als Dampfablassen und Beschwichtigungstherapie für die Mitglieder.

GLB-Bundesvorsitzende Karin Antlanger plädierte in ihrem Grundsatzreferat für eine unabhängige und offensive Gewerkschaftspolitik. Sie kritisierte die bisherige Praxis der Reformdebatte des ÖGB, die bisherigen Signale lassen wenig Vertrauen aufkommen. Die geringe Beteiligung an der Mitgliederbefragung und an den Regionalkonferenzen müsste der ÖGB-Spitze zu denken geben.

Der GLB forciert eine Neugründung des ÖGB als einheitliche Gewerkschaft mit kollektivvertraglichen Untergliederungen in Anlehnung an das Modell der GPA. Vor allem aber muss sich der ÖGB von einer FunktionärInnen- zu einer Mitglieder-gewerkschaft wandeln. Die Wahl der Leitungen und Delegierten durch die Mitglieder in allen Gewerkschaften und Urabstimmungen über alle wichtigen Fragen müssen selbstverständlich werden.

Vor allem aber fordert der GLB eine Abkehr der Politik des ÖGB von der Ein- und Unterordnung als „Sozialpartner“ unter die Interessen von Regierung, Parteien und Kapitalvertretungen zu einer ausschließlich den Interessen seiner Mitglieder verpflichteten Politik. Notwendig ist aber auch die Öffnung des ÖGB hin zur Realität: Das gilt ge-

genüber Frauen, MigrantInnen, Prekarisierten und Erwerbsarbeitslosen.

Viele Gemeinsamkeiten in punkte ÖGB-Reform gibt es dabei zwischen dem GLB und den Unabhängigen GewerkschafterInnen

(UG), wie auch aus den Ausführungen von Reinhart Sellner, dem stellvertretenden Vorsitzenden der UG in der GÖD deutlich wurden, der als Gast an der Bundeskonferenz teilnahm und die Wandlung zu einer Mitglieder-gewerkschaft und Überwindung der Konkurrenz zwischen den Teilgewerkschaften als wichtige Aufgabe bezeichnete.

Das Ergebnis der Nationalratswahl vom 1. Oktober 2006 bedeutet aus der Sicht des GLB keine grundlegende Veränderung für die österreichische Politik. Entsprechend den Kräfteverhältnissen im neu gewählten Nationalrat bleibt eine Neuauflage der großen Koalition von SPÖ und ÖVP als einzig realistische Variante. Für die Lohnabhängigen, Prekarisierten, Erwerbslosen und PensionistInnen bedeutet dies einen fortgesetzten Druck auf ihre legitimen sozialen Ansprüche und Lebensbedingungen.

Schwerpunktforderungen des GLB an die künftige Regierung sind eine Umverteilung von Kapital und Vermögen zugunsten der Lohnabhängigen und zur Sicherung des Sozialstaates. Wichtigste Punkte dabei sind eine



Arbeitszeitverkürzung, ein Mindestlohn von 1.300 Euro, die Wertschöpfungsabgabe und Erhaltung des öffentlichen Eigentums.

Alleine die Einigkeit von Grasser und Matznetter bei der Ablehnung einer Vermögenssteuer zeigt, dass bei einem Farbwechsel in der Koalition sich faktisch nichts an der Politik ändert, umso mehr stellt sich jetzt die Frage, wie sich künftig die Gewerkschaften verhalten werden.

Thema ÖGB-Reform: 95 Thesen „nagelte“ der GLB am 31. Oktober 2006 auf's Tor des ÖGB in Innsbruck.

Von links nach rechts: Hans Waldhart (GLB), Helmut Muigg (SPÖ Wilten), Hilde Waldhart (GLB), Josef Stingl (stv. GLB-Vorsitzender) und Peter Hofer (Landessekretär des ÖGB-Tirol). Bild: GLB, Monika Himsl



Von Thomas Rammerstorfer

Diebstahl als Vorwand

Nach fast acht Jahren Tätigkeit im Pflegebereich kann einen nicht mehr allzu viel überraschen. Als am 3. Juli eine Bewohnerin behauptete, ich hätte ihr Geld gestohlen, nahm ich die Angelegenheit eher belustigt zur Kenntnis – derlei Anschuldigungen sind keine Seltenheit in der Altenpflege.



Tatsächlich war wirklich etwas gestohlen worden – drei Bewohnerinnen meldeten fehlende Geldbeträge. Auch das leider keine Seltenheit – das Alten- und Pflegeheim Thalheim bei Wels war schon öfter von Trickdieben heimgesucht worden – wie auch andere Einrichtungen dieser Art.

Ich nahm die Angelegenheit also nicht sehr ernst, bis mir am 7. Juli von der Heimleiterin auf die Mailbox gesprochen wurde, dass mich der Bezirkshauptmann fristlos entlassen hätte und ich meinen Schlüssel abliefern soll. Die Entlassung bekam ich dann auch noch schriftlich, mit der Begründung, dass drei Bewohnerinnen mich beim Stehlen beobachtet hätten.

Offenbar hatte die Heimleiterin dem Bezirkshauptmann den Fall völlig überzogen geschildert, da weder die Polizei noch die angeblichen zwei weiteren Zeuginnen von diesen Wahrnehmungen wussten. Der Heimleiterin waren offenbar meine gewerkschaftlichen Aktivitäten sowie die geplante Gründung einer Betriebszeitung ein Dorn im Auge.

Jedenfalls musste ich mich wehren. Der GLB machte eine Presseaussendung, die breites Echo in den Regionalmedien fand. Mit Unterstützung der GÖD brachte ich eine Klage auf Fortbestand des Dienstverhältnisses ein, die erste Verhandlung wurde für den 24. Oktober angesetzt. Auch innerhalb des Sozialhilfe-Verbandes haben mehrere sozialdemokratische Vorstände für mich Partei ergriffen und den Bezirkshauptmann zu der Zusage bewegt, er werde mich wieder einstellen, falls ich nicht strafrechtlich verurteilt werde.

Ob und wann es aber überhaupt zu einem Prozess kommt ist völlig unklar: Die Akten sind laut Polizei am 18. Juli ans Gericht weitergeleitet worden, dort aber bis zur letzten Anfrage am 10. Oktober nicht aufgetaucht...

Thomas Rammerstorfer ist Ersatzbetriebsrat im Pflegeheim Thalheim des Sozialhilfeverbandes Wels-Land

Betriebsratswahl im Wallfahrtsort

Auch wenn die Uhren im Wallfahrtsort Maria Dreieichen im Waldviertel manchmal noch etwas anders gehen und die 1. Kreuzwegstation von der „Kameradschaft Stalingrad“ gestiftet wurde bzw. die Wallfahrtsfans mit „Kerzenspenden auf Ihre Meinung für das Licht in der Ampel vor dem Allerheiligsten nur 5 Euro/Woche“ abgezockt werden, fand im Oktober im Seniorenhotel Maria Dreieichen eine Betriebsratswahl der rund 12 Beschäftigten im Pflegebereich statt. Insgesamt sind im Seniorenhotel natürlich mehr KollegInnen beschäftigt, das Hotel ist jedoch in drei Betriebe aufgeteilt.

Kollegin Maria Lixl wurde im Pflegebereich zur neuen Betriebsrätin gewählt – der GLB gratuliert herzlich und wünscht viel Erfolg bei der verantwortungsvollen Tätigkeit.

Werde Mitglied des GLB!

Die Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB) ist die Alternative zu den etablierten Fraktionen im ÖGB. Wie stark unsere Position im ÖGB zur Geltung kommt hängt neben unseren inhaltlichen Positionen vor allem auch davon ab, wie viele MandatarInnen sich für den GLB deklarieren, wie viele AktivistInnen für den GLB in Betrieben, Gewerkschaften, Arbeiterkammern usw. tätig sind und natürlich auch wie viele Mitglieder der GLB hat.

Was bringt eine Mitgliedschaft? Abgesehen von einer Stärkung des GLB bieten wir konkrete Beratung und Unterstützung für gewerkschaftliche Tätigkeit, für BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen, bei der Vorbereitung von Wahlen etc. Damit verbunden ist unser Informationsangebot über die Website www.glb.at und unser Magazin „die arbeit“ und sonstige Materialien, Beratungen und Seminare. Damit verbunden ist natürlich auch der Informations- und Erfahrungsaustausch mit gleichgesinnten linken, kritischen GewerkschafterInnen.

Für 20 Euro im Jahr bist Du dabei. Beitrittsformulare und weitere Infos gibt es unter: GLB im ÖGB, Hohenstaufengasse 10-12, 1010 Wien, Telefon +43 664 61 45 012 oder +43 1 53 444-308, Mail helga.pruckmoser@oegb.at

Buchtipp:

Von Anita Kainz

Kranke Geschäfte mit unserer Gesundheit

Die Regierung ruiniert systematisch unser Gesundheitssystem, um das uns viele Länder beneiden. Wer sich für Details und Hintergründe zu diesem Thema interessiert, dem empfehle ich das Buch „Kranke Geschäfte mit unserer Gesundheit“ von Martin Rümmele, NP-Buchverlag.

Der Autor beschreibt Symptome, Diagnosen und Nebenwirkungen der Gesundheitsreform. Er zeigt die Lüge über die Unfinanzierbarkeit unseres Gesundheitssystems auf. Seit Antritt der schwarz-blau-orangen Regierung ist der Staatszuschuss ständig gesunken. Die Reichen zahlen immer weniger und die Armen immer mehr. Privatversicherungen und Pharmakonzerne sind die wirklichen Profiteure.

Die Vollzeitarbeit geht immer mehr zurück, da die Wirtschaft lieber geringfügig- oder Teilzeitbeschäftigte einstellt: Somit sinken automatisch die Beiträge zur Sozialversicherung. Statt immer mehr und höhere Selbstbehalte einzuführen, sollte als Bemessungsgrundlage nicht die Lohnsumme, sondern die Wertschöpfung herangezogen werden. Gleichzeitig müssten die Sozialversicherungsschulden der Unternehmen (925 Millionen Euro) rigoros eingefordert werden. Die Hälfte davon sind nämlich DienstnehmerInnenbeiträge, die von den Löhnen abgezogen und nicht an die Sozialversicherung weiterbezahlt wurden.

Die Regierung fordert von den Menschen mehr Eigenverantwortung. Im Klartext heißt das: Wer sich gesünder ernährt und mehr Bewegung macht, wird seltener krank. Gerade hier zeigt der Autor auf, wie Armut mit Krankheit zusammenhängt. Menschen mit geringem Einkommen können sich nun einmal keine Biokost und keine Fitnessangebote leisten. In Wirklichkeit machen die Sorge um den Arbeitsplatz und die ansteigenden atypischen Dienstverhältnisse die Menschen krank. Der Slogan „geht's der Wirtschaft gut, geht's den Menschen gut“ ist ein Hohn, denn gerade die gewinnträchtigsten Unternehmen rationalisieren die meisten Arbeitsplätze weg.

Wir danken...

...für die Spenden, die in den letzten Monaten auf das Solidaritätskonto des GLB für Kuba und zur Unterstützung von Robert Hobek in dem von der Post AG gegen ihn angestrengten Rechtsstreit eingegangen sind. Spenden für konkrete Solidaritätsaktionen oder zur Finanzierung der „Arbeit“ können auf das BAWAG 03410 665 190 (BLZ 14.000) eingezahlt bzw. überwiesen werden.

Arbeitsrecht-Tipp**Abfertigung Neu**

Die Neuregelung gilt für Arbeitsverhältnisse nach dem 31. Dezember 2002. Eine Sonderregelung gibt es für Bauarbeiter und bei Wiedereinstellungsgarantie. Bestehende Arbeitsverhältnisse können auf das neue Modell umgestellt werden. Die bis zum Umstiegszeitpunkt erworbenen Monatsentgelte bilden bei Auflösung des Dienstverhältnisses einen Abfertigungsanspruch nach altem Recht. Ab dem Umstiegszeitpunkt gilt neues Recht. Die Abfertigung Neu wird in Abfertigungskassen ausgelagert. Ab dem zweiten Monat des Dienstverhältnisses muss der Arbeitgeber monatlich 1,53 Prozent des Bruttoentgeltes (auch von Urlaubs- und Weihnachtsgeld) an die Krankenkasse zahlen. Diese leitet den Beitrag an eine Abfertigungskasse weiter.

Beiträge sind auch für Präsenz-, Ausbildungs- und Zivildienst, Mutterschutz, Krankenstand, Kinderbetreuungsgeldbezug, Bildungskarenz und Sterbegeldbegleitung zu entrichten. Bemessungsgrundlage und Abfertigungsbeitrag müssen auf dem Lohnzettel aufscheinen. Die Abfertigungskasse muss jährlich über den Stand des Kontos informieren.

Bei mindestens dreijähriger Einzahlung von Beiträgen kann bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses – ausgenommen Selbstkündigung, unberechtigter vorzeitiger Austritt und fristlose Entlassung – über die Abfertigung verfügt werden: Beiträge können in der Abfertigungskasse belassen, in die Kasse des neuen Arbeitgebers übertragen oder in Zusatzpensionsversicherung, Pensionsinvestmentfonds oder Pensionskasse überwiesen werden. Wird nicht innerhalb von sechs Monaten entschieden, bleibt das Geld in der Abfertigungskasse weiter veranlagt.

Die Auszahlung erfolgt zwei Monate nach schriftlicher Geltendmachung. Bei Pensionierung kann zwischen Auszahlung oder Veranlagung in einer Rentenversicherung, Pensionsinvestmentfondanteilen oder Pensionskassen gewählt werden. Bei Auszahlung wird die Abfertigung mit sechs Prozent versteuert. Rentenzahlungen sind ab 2006 steuerfrei. Wird nicht innerhalb von zwei Monaten gewählt, wird die Abfertigung ausbezahlt.

Die Höhe der Abfertigung hängt von der Verzinsung der Veranlagung der Beiträge ab. Verringert wird der Anspruch um die Verwaltungskosten, die zwischen ein und 3,5 Prozent der Beiträge betragen.

Siegfried Pötscher

Von Leo Furtlehner

Post: Aktionäre jubeln, Personal stöhnt...

Seit der letzten PV-Wahl im November 2002 wurden die PostlerInnen durch ein „Tal der Tränen“ getrieben. Schon 1996 wurde von der rotschwarzen Regierung – mit Zustimmung von FSG und FCG – die Post aus dem Bundesbudget ausgegliedert und damit der Weg zur Privatisierung eingeleitet.

Der Post AG wurde eine Roskurverordnung. Nachdem 1998 ein erster Anlauf unter SPÖ-Verantwortung scheiterte erfolgte 2005 mit dem Börsegang die endgültige Zerschlagung und Privatisierung.

Bezeichnende Bilanz

Von 2000 bis 2005 steigerte die Post ihren Gewinn von 17,0 auf 103,0 Millionen Euro auf das Sechsfache. Gleichzeitig wurde der Personalstand von 31.775 auf 25.200 Beschäftigte, also um gut 20 Prozent reduziert. Die Zahl der Postämter wurde im gleichen Zeitraum von 2.300 auf 1.330 um gut tausend geschrumpft.

Dahinter steht die EU-weite Politik der Liberalisierung und letztlich Privatisierung der Postdienste zum Nutzen des privaten Kapitals das sich dieser Einrichtungen bemächtigen will. Auf der Strecke bleibt nicht nur das mit beinhardter Rationalisierung konfrontierte Personal, sondern auch die öffentliche Infrastruktur durch immer schlechtere Versorgung.

Mit permanenter Umorganisation und gezieltem Mobbing zerstört der hochprivilegierte Vorstand die Motivation

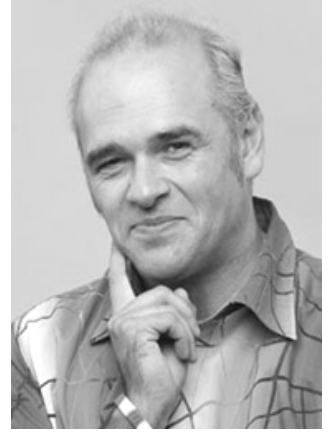
der Postbediensteten. Vollwertige Arbeitsplätze werden systematisch durch Teilzeitarbeitskräfte und geringfügig Beschäftigte ersetzt.

Beschämende Rolle der Gewerkschaftsspitze

Ein Trauerspiel sondergleichen führte bei der negativen Entwicklung der Post die Spitze von Personalvertretung und Gewerkschaft vor: Der starken Worte mit Androhung von Protestaktionen bis hin zum Streik gab es viele – praktisch ging die SPÖ-Mehrheit vor der schwarzblau/orangen Regierung in die Knie.

So wurden von der Post-Universaldienstverordnung über die Schließung der Postämter, die Errichtung der Zustellbasen und Einführung des Gesamtschalterdienstes, die Zerschlagung der Post in fünf Geschäftssparten bis hin zum Börsegang alle Maßnahmen des Vorstandes nicht nur widerstandslos hingenommen, sondern sogar noch aktiv auf Kosten der Beschäftigten mitgetragen.

Die starken Töne von Streik des GPF-Vorsitzenden Gerhard Fritz verhallten vor den Toren des Managements und der Regierung immer recht schnell als wirkungslos. Als GLB-Postsprecher Robert Hobek mit Hinweis auf die ÖGB-Urabstimmung im GPF-Zen-



Robert Hobek, VPA-Vorsitzender am Postamt 1230 Wien ist Spitzenkandidat des GLB bei der PV- und Gewerkschaftswahl der Post.

tralvorstand beantragte, der letzten Schließungswelle für hunderte Postämter im Frühjahr 2005 mit Proteststreiks zu begegnen, lehnte dies die FSG entschieden ab, während sogar die FCG dafür plädierte. Später bezeichnete es der OÖ GPF-Vorsitzende Gottfried Zauner als Fehler, nicht gestreikt zu haben.

Gegen den Börsegang gab es zwei Alibi-Kundgebungen in Wien, worüber nicht einmal die betroffenen Postler im Raum Wien ausreichend informiert wurden. Ein Protestmarsch gegen die Privatisierung in Linz wurde von der Gewerkschaft schmählich im Stich gelassen.

Post-Petition des GLB

Anders als die Gewerkschaftsspitze hat sich der GLB immer gegen Börsegang und Privatisierung ausgesprochen. 2005 richtete der GLB an den Nationalrat die Petition „Für die Erhaltung der Post im öffentlichen Eigentum“.

Der GLB appelliert daher zur Personalvertretungswahl vom 13. bis 15. November 2006 an alle Postbeschäftigten die sich mit dieser Entwicklung im Interesse ihrer Arbeitsplätze und für die Notwendigkeit einer Post im öffentlichen Eigentum nicht abfinden wollen gemeinsam mit dem GLB für eine andere, nämlich widerständische Politik von Personalvertretung und Gewerkschaften einzutreten.



Druck auf Werktätige wird nicht geringer

Das Ergebnis der Nationalratswahl vom 1. Oktober 2006 bedeutet keine grundlegende Veränderung für die österreichische Politik, auch wenn die konservative ÖVP als bisher stärkste Partei von der SPÖ mit ihrem LIF-Anhängsel verdrängt wurde.

Die Rechtsaußenpartei FPÖ konnte sich nach der Abspaltung des BZÖ konsolidieren, gleichzeitig gelang es dem BZÖ in das Parlament einzuziehen, womit das fremdenfeindliche Stimmenpotential auf 15 Prozent wuchs. Die Grünen kommen trotz Stimmengewinnen bei einer Regierungsbeteiligung nicht zum Zug. Die von der „Kronzeitung“ gepushte Liste Martin scheiterte beim Einzug in den Nationalrat. Die KPÖ konnte mit deutlichen Stimmengewinnen einen Achtungserfolg verzeichnen.

Entsprechend den Kräfteverhältnissen im neu gewählten Nationalrat bleibt eine Neuauflage der großen Koalition von SPÖ und ÖVP - trotz massiver Konflikte und Neuwahldrohungen - als wahrscheinliche Variante. Unabhängig davon gibt es wenig Unterschiede in den politischen Schwerpunkten und Zielen der Parteien. Vor allem, weil sie sich alle dem EU-Kontext einer strikt neoliberalen Politik verpflichtet sehen und bereit sind, diese innenpolitisch zu exekutieren.

Für die Lohnabhängigen,

Prekarisierten, Erwerbslosen und PensionistInnen bedeutet dies einen fortgesetzten Druck auf ihre legitimen sozialen Ansprüche und Lebensbedingungen. Der Druck auf sozialstaatliche Einrichtungen und Leistungen wird ebenso weiter zunehmen wie der Druck auf das öffentliche Eigentum, insbesondere im Bereich der Grundversorgung. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass die seit Jahren stattfindende Umverteilung zugunsten von Kapital und Vermögen weiter fortgesetzt wird.

ÖGB und Arbeiterkammer sind mehr denn je dazu berufen, entschieden gegen diesen Kurs aufzutreten. Durch ihre sozialpartnerschaftliche Ein- und Unterordnung in die Standortlogik des Kapitals ist ein aktiver Kampf gegen die neoliberale Offensive gegen die ArbeiterInnenbewegung jedoch nicht zu erwarten.

Im Zusammenhang mit der durch die mit dem BAWAG-Skandal virulent gewordenen Krise und Schwächung der Gewerkschaften steht eine solche Offensive im engen Zusammenhang mit einer Neuformierung der Gewerkschaft-

ten und der Notwendigkeit den ÖGB aus seiner Krise herauszuführen. Durch die Bereitschaft der ÖGB-Führung sich in gewohnten Reflexen als Transmissionsriemen der Regierungspolitik auf Kosten der Lohnabhängigen zu bewegen, kommt es mehr denn je darauf an, dass eine Gegenbewegung von der Basis kommt.

Die wesentlichen Forderungen aus der Sicht der Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB) sind nach der Wahl genauso aktuell wie vorher: Es sind dies eine Arbeitszeitverkürzung, ein Mindestlohn von 1.300 Euro bzw. acht Euro pro Stunde, die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe, eine höhere Besteuerung von Kapital und Vermögen, Abschaffung der Studiengebühren, flächendeckende Kinderbetreuungseinrichtungen, Abschaffung der Selbstbehalte im Gesundheitswesen, eine grundlegende Reform der Berufsausbildung, Erhaltung des öffentlichen Eigentums und Stornierung des Abfangjägerkaufs. Eine ausführliche Darstellung der Forderungen des GLB gibt es auf der Website: www.glb.at

Geschäftemacherei mit Lehrstellensuchenden

Dass Unternehmen Profite mit Menschen, die Arbeit suchen machen, ist nichts Neues. Aber dass sie das auch mit Minderjährigen, die eine Lehrstelle suchen, tun, ist besonders verwerflich. Hier ein Beispiel:

Michael, ein knapp 16-jähriger sucht schon länger eine Lehrstelle. Er hat gehört, dass es auch Angebote im Internet gibt. Also macht er sich auf die Suche und findet auch tatsächlich eine Firma, die Lehrstellen anbietet. Zuerst muss er sich natürlich mit seinen per-

sönlichen Daten anmelden, damit man Angebote an ihn schicken kann.

Es vergehen einige Wochen, ohne dass sich der Anbieter bei ihm meldet. Umso erstaunter ist Michaels Mutter, als sie eine Zahlungsaufforderung von einem Rechtsanwalt über 183 Euro erhält. Sie erkundigt sich und erfährt, dass ihr Sohn durch seine Anmeldung einen Zweijahresvertrag mit einer deutschen Firma (die wohl kaum Lehrstellen in Österreich vermitteln kann) eingegangen ist.

Der Rechtsanwalt erklärt, dass sein Mandant großzügiger Weise die Vertragsdauer auf 1 Jahr reduzieren würde. Michaels Mutter macht das einzig Richtige. Sie zahlt nicht und wendet sich an die Konsumentenberatung der Arbeiterkammer. Diese Geschichte zeigt, wie vorsichtig man bei Internetangeboten mit den persönlichen Daten sein muss, denn es gibt immer mehr Firmen, die sich auf Kosten der Ärmsten bereichern.

Von Anita Kainz



**Die Arbeitgeberseite
präsentiert ihr Angebot**

GLB – Aktiv gegen die Zerschlagung der Post!

ÖFFENTLICHES MEDIUM

Dieses Medium liest der
„OBSERVER“
Österreichs größter Medienbeobachter